

Wohnen ist ein Menschenrecht





Foto: Bernd Kleiner

6

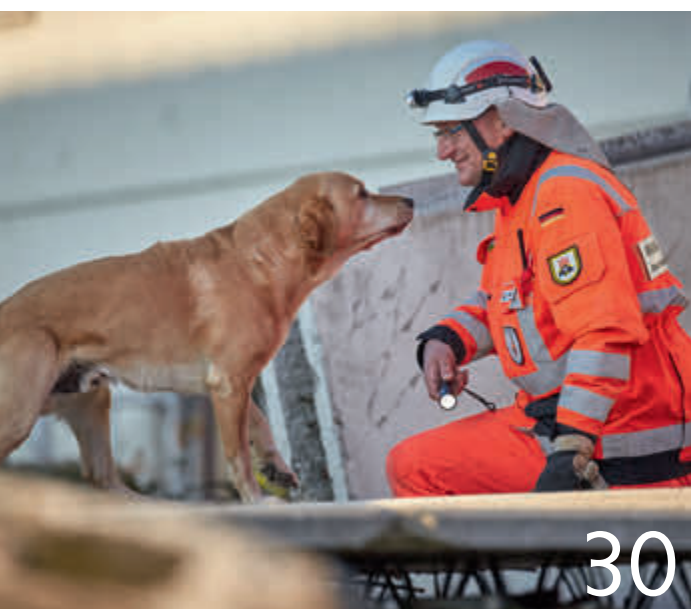


Foto: BRH/Sobotta

30

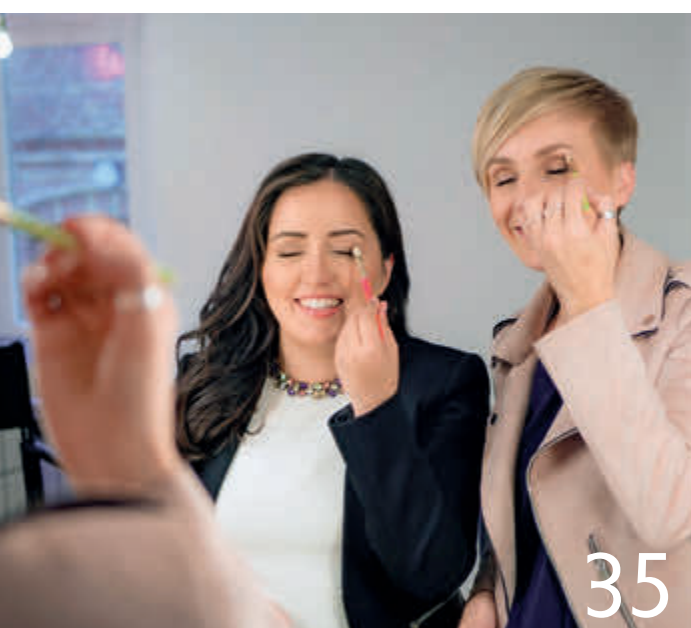


Foto: Andy Kaczé

35

Editorial	3
Thema	
Wohnen ist ein Menschenrecht	
Gutes Wohnen für alle schaffen!	4
Kampagnenaufakt: MENSCH, DU HAST RECHT!	5
Drei Fragen an Dr. Ulrich Schneider zum Thema bezahlbarer Wohnraum	6
Die Wohnungspolitik ist ein wichtiger Baustein der Inklusion	8
Praxisleitfaden: Soziale Träger als Mieter und Vermieter	9
Eine Wohnung ist mehr als ein Dach über dem Kopf	10
Weiblich, bunt, lebhaft – und ein sicherer Ort für Frauen ohne festen Wohnsitz	12
Wo sollen Menschen wohnen, die auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind?	14
Drei Fragen an Werena Rosenke zum Thema Wohnungslosigkeit	15
Kopf braucht Dach	16
Diskriminierung bei der Wohnungssuche	17
Vernetzung gegen steigende Mieten:	
Bündnis für bezahlbaren Wohnraum in Kiel	18
Netzwerk Mieten und Wohnen	19
Wohnen im Alter: Vom Modell zur Normalität	20
Drei Fragen an Wolfgang Lippel zum Thema Energiearmut	21
Sozialpolitik	
Konzept für eine gerechte und transparente Finanzierung von Kindertageseinrichtungen	22
Drei Fragen an Heinz Hilgers zum Thema Kindergrundsicherung	23
Restriktive Praxis bei Ausbildungsduldung	23
Teilhabe an Arbeit für Alle	24
Der Paritätische begleitet die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes mit Internetpräsenz	24
Dokumentation: Demokratie stärken	24
Verbandsrundschau	
„Europa ist sozialpolitisch tief zerrissen“	25
Paritätische Jahreskampagne 2018: MENSCH, DU HAST RECHT!	26
Mitgliedschaft, die sich lohnt	28
Aus den Landesverbänden	28
In eigener Sache	28
Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung	29
Menschenrechts-Filmpreis: Paritätischer gehört zum Veranstalterkreis	29
Neues Forum Rettungswesen und Katastrophenschutz	30
Forum	
Deutscher Sozialpreis verliehen	33
Zusammenhalt stärken – Vielfalt gestalten	33
Persönlichkeitsrechte von Kindern im Internet	33
was? – wann? – wo?	34
Hören & Sehen Impressum	35



Professor Dr. Rolf
Rosenbrock,
Vorsitzender des
Paritätischen
Gesamtverbands

Liebe Leserinnen und Leser,

am 10. Dezember 1948 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Das war ein Meilenstein für die Idee, Grundrechte für alle Menschen auf dieser Erde verbindlich festzulegen. Das 70-jährige Jubiläum dieser Erklärung nimmt der Paritätische als Anlass, eine Dachkampagne zu dem Thema „Soziale Menschenrechte 2018“ zu initiieren und damit als Verfechter und Hüter von Menschenrechten in Deutschland einzutreten. Denn zunehmend lassen Einschränkungen im soziokulturellen Existenzminimum, die Begrenzung des Rechtes auf selbstbestimmte Teilhabe durch das Bundesteilhabegesetz, die Aushöhlung des Rechtes auf Asyl oder der Mangel an Wohnraum die Frage nach dem Schutz der Menschenrechte in allen Bereichen der sozialen Arbeit laut werden.

Gemeinsam mit den Paritätischen Mitgliedsorganisationen werden wir über das ganze Jahr verteilt eine ganze Reihe von sichtbaren Aktionen veranstalten, die auf die Notwendigkeit der Verbesserung des Schutzes verschiedener, nach Schwerpunkten ausgewählter Menschenrechte in Deutschland hinweisen. Die Kampagne wird auch im Mittelpunkt des Verbands-

tages vom 19. bis 20. April 2018 in Potsdam stehen.

Den Auftakt bildet das Recht auf Wohnen. Parallel dazu bildet das Recht auf Wohnen auch den Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe des Paritätischen Verbandsmagazins.

Die Umsetzung des Rechts auf Wohnen setzt voraus, dass hinreichend Wohnraum zur Verfügung zu steht. Es bedeutet weiter, einen diskriminierungsfreien und bezahlbaren Zugang zu Wohnraum zu gewährleisten und eine menschenwürdige Wohnqualität zu garantieren.

Die Praxis zeigt jedoch, dass dieses Recht in Deutschland oft nicht oder nicht vollständig umgesetzt wird. Dies betrifft zum Beispiel Menschen, denen aufgrund von Mietschulden die Wohnungslosigkeit droht, oder die aufgrund ihres Namens (und der dahinter vermuteten Herkunft) bei der Wohnungssuche benachteiligt werden. Es meint auch sehr große Mietpreiserhöhungen, die die Sicherung des eigenen Wohnraums infrage stellen, oder das Schicksal Schutz suchender Menschen, die unter unwürdigen Wohnbedingungen in Heimen untergebracht sind. Aus all diesen Gründen gehört die Umsetzung des Rechts auf Wohnen auf die politische Agenda der neuen Bundesregierung.

Der Paritätische und seine Mitgliedsorganisationen treten dafür ein, dass jedem Menschen unabhängig von seiner Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung und Religion die gleichen Chancen im Leben und damit auch bei der Frage des Wohnens gewährleistet werden. Dazu ist eine soziale Wohnungspolitik nötig, die mehr bezahlbaren und würdigen Wohnraum schafft, gleichberechtigte Zugänge zum Wohnraum ermöglicht, bestehenden Wohnraum sichert und inklusive Gemeinwesen fördert. Das vorliegende Heft zeigt an Beispielen und Aktivitäten von Mitgliedsorganisationen und Trägern, wie dies in der Praxis angegangen und umgesetzt wird.

Herzlich,

Ihr

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Rolf Rosenbrock'. The signature is fluid and cursive.

Gutes Wohnen für alle schaffen!

Hohe Mieten führen für immer mehr Haushalte mit niedrigen Einkommen zu unhaltbaren Belastungen

Aarme Haushalte werden in Deutschland stärker mit Wohnkosten belastet als die mit hohem Einkommen. Nach einer Studie der Hans Böckler Stiftung zahlen 40 Prozent aller Haushalte hierzulande mehr Miete, als sie es sich eigentlich leisten könnten. Es ist sozialpolitisch verwerflich, dass die Mietbelastung eines Haushaltes umso höher ist, je niedriger das Einkommen ist. Demnach wenden Menschen, die als arm gelten und damit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung haben, fast 40 Prozent ihres gesamten Haushaltsnettoeinkommens allein für die Mietzahlung auf. Anders hingegen diejenigen, die über mehr als 140 Prozent des mittleren Einkommens verfügen. Sie zahlen lediglich 17 Prozent des Haushaltseinkommens für die Miete. Durchschnittlich gilt ein Anteil von einem Drittel der Nettokaltmiete am Haushaltsnettoeinkommen als angemessen, um keine Einschränkungen in anderen Lebensbereichen hinnehmen zu müssen. Selbst dieser Anteil stellt viele Haushalte vor finanzielle Herausforderungen. Gerade für einkommensschwache Haushalte haben hohe Mietbelastungen jedoch Auswirkungen auf die gesamte Lebensführung. Sie sparen in anderen Lebensbereichen wie Bekleidung und Schuhe, Gesundheit oder an Nahrungsmitteln. 1,3 Millionen Menschen verfügen nach der Mietzahlung über ein restliches Einkommen, das sogar unter dem Niveau des Hartz-IV-Regelsatzes liegt.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Als besonders schwierig erweist sich die Lage auf angespannten Wohnungsmärkten in Metropolregionen, Groß- und Hochschulstädten sowie im Umland von Ballungsräumen. Dort ist die Nachfrage nach Wohnraum besonders

hoch und das Angebot niedrig. Durchschnittlich mussten 2016 in Deutschland 6,54 Euro pro Quadratmeter an Nettokaltmiete aufgewendet werden. München zählt dabei nach wie vor zu den teuersten Großstädten: 11,18 Euro müssen hier durchschnittlich für einen Quadratmeter gezahlt werden. Für Menschen mit geringen und auch mittleren Einkommen ist das nicht leistbar. Die Folge enormer Miethöhen sind die Verkleinerung des Wohnraums sowie der Umzug in andere Quartiere oder Regionen, was die Teilhabe- und Lebenschancen des Einzelnen wesentlich beeinflussen kann.

Auch soziale Träger sehen sich mit der Problemlage steigender Mieten und Kündigungen des Wohnraums konfrontiert, in deren Folge ihre soziale Arbeit gefährdet ist. Zur Dämpfung des Mietanstiegs in Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten hat die Bundesregierung in 2015 zwar die so-

Nähere Informationen zum Schwerpunktthema Wohnen gibt es auf www.der-paritaetische.de in der Rubrik Schwerpunkte unter dem Stichwort Wohnen: www.der-paritaetische.de/schwerpunkte/wohnen/.

genannte „Mietpreisbremse“ beschlossen, die den starken Anstieg der Mieten bei der Wiedervermietung von Bestandswohnungen eindämmen soll. Zahlreiche Ausnahmeregulierungen stehen dem jedoch entgegen. Die soziale Mischung in den Städten ist weiterhin gefährdet. Der Paritätische hat

hierzu ein Konzept zur Reformierung der Mietpreisbremse erarbeitet, um den Anstieg von Mieten wirksam zu regulieren.

Energiekosten sozial gestalten

Steigende Energiekosten belasten Menschen mittleren und geringen Einkommens zudem zusätzlich. Die Energiekosten machen einen wesentlichen Teil der Wohnkosten aus und weisen im Verlauf höhere Steigerungen auf als die reinen Mietkosten. Die sog. zweite Miete trägt wesentlich zur Verteuerung des Wohnens bei. Diese Situation wird durch energetische Modernisierungen zusätzlich verschärft und begünstigt weiter die Verdrängung der Menschen aus ihren angestammten Quartieren. Zur Sicherung von Wohnraum sollten die Mieter/-innen nur insoweit an der Modernisierung beteiligt werden dürfen, wie tatsächlich eine Energieersparnis bei den Nebenkosten erreicht wird. Mietende dürfen durch Sanierungsmaßnahmen finanziell nicht überlastet werden und gestiegene Kaltmieten sind von den Leistungsträgern durch anzupassende Angemessenheitsgrenzen zu übernehmen.

Lebenswerten Wohnraum in strukturschwachen Regionen gestalten

Mit einer gegensätzlichen Problemlage sind ländliche und strukturschwache Regionen konfrontiert, die eine mangelnde Nachfrage nach Wohnraum und viele leeren Wohnungen verzeichnen. Sie sind geprägt durch die Folgen des demografischen Wandels, schrumpfende Angebote der Daseinsvorsorge, geringe Erwerbsmöglichkeiten, Abwanderung und Leerstand. Eine Prognosestudie hat ergeben, dass 17 Prozent aller regionalen Wohnungsmärkte von

dieser Entwicklung betroffen sind. Sie verzeichneten zwischen 2011 und 2015 eine stagnierende oder rückläufige Nachfrage nach Wohnraum in ländlichen Gebieten, in deren Folge der Wohnungsbestand teilweise sogar abgebaut wird. Diese umfassende Notlage in strukturschwachen Gebieten stellt die gesellschaftliche Teilhabe der dort lebenden Menschen infrage und verweist einmal mehr auf den politischen Handlungsbedarf, gleiche Lebensverhältnisse in allen Regionen zu gewährleisten.

Zur Gestaltung einer sozialen Wohnungspolitik hat der Paritätische umfassende Vorschläge vorgelegt:

Bezahlbaren und sozial verträglichen Wohnraum schaffen

- Gemeinnützigen Wohnungsbau wieder neu einführen, sozialen Wohn-

nungsbau verstärken, Boden sozial gerecht vergeben

Gleichberechtigte Zugänge zu Wohnraum schaffen

- Zugang besonderer Bedarfsgruppen verbessern und barrierefreien Wohnraum sicherstellen

Bestehenden Wohnraum sichern

- Wohnungsverlust verhindern, mietrechtliche Situation sozialer Träger verbessern, jährliche und dynamische Anpassung des Wohngeldes, Angemessenheit der Kosten der Unterkunft realitätsgerecht definieren, Energiekosten sozial gestalten

Inklusives Gemeinwesen fördern

- Nachbarschaften gestalten und Mobilität fördern.



Jennifer Puls,
Referentin für
fachpolitische
Grundsatz-
fragen beim
Paritätischen
Gesamt-
verband

Weitere Informationen zu unseren Forderungen sowie aktuelle Kommentare und Blog-Artikel zum Thema finden Interessierte im Internet unter: www.der-paritaetische.de/schwerpunkte/wohnen/

Kampagnenauftritt:

MENSCH, DU HAST RECHT!

Der Paritätische Wohlfahrtsverband und seine Mitglieder treten täglich für die sozialen und individuellen Menschenrechte ein. Wir wissen durch unsere Arbeit, dass diese Grundrechte vielfach verletzt und missachtet werden. Wir wissen, dass wir um ihre Einhaltung und ihren Ausbau kämpfen müssen. Im 70. Jahr der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte setzen wir genau dort mit unserer Kampagne MENSCH, DU HAST RECHT! an: Als Träger der freien Wohlfahrtspflege machen wir und unsere Mitglieder uns stark für die Einhaltung der Menschenrechte. Geplant sind zahlreiche Veranstaltungen und Aktivitäten rund um die zentralen Themen Wohnen, Gesundheit, Bildung, Selbstbestimmung, Teilhabe und Schutz.

Alle Informationen sind auf www.mensch-du-hast-recht.de abrufbar. >> Siehe auch Seite 26.



„Ich will
mein Zuhause planen,
nicht, dass ihr
damit spekuliert!“

Jeder Mensch hat das Recht auf Wohnen – unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, sozialer oder ethnischer Herkunft, Alter, Religion oder Weltanschauung, sexueller Identität, materieller Situation, Behinderung, Beeinträchtigung, Pflegebedürftigkeit oder Krankheit. Nur wer seine Rechte kennt, kann auch für sie kämpfen. Wir stehen an Eurer Seite.

www.mensch-du-hast-recht.de
70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

**MENSCH,
DU HAST
RECHT!**

DER PARITÄTISCHE

Drei Fragen an Dr. Ulrich Schneider zum Thema bezahlbarer Wohnraum



Dr. Ulrich Schneider, der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, erklärt im Interview, was der Paritätische 2018 zur Wohnungsfrage an Aktivitäten plant. Unter ande-

rem will der Verband verstärkt darüber diskutieren, wie heute eine soziale und bedarfsgerechte Wohnungspolitik für Menschen in besonderen Lebenslagen aussehen kann.

Herr Schneider, warum bringt sich der Paritätische jetzt stärker in die Diskussion um bezahlbaren Wohnraum ein?

Dr. Ulrich Schneider: Beim Paritätischen Gesamtverband war die Wohnungssituation immer ein Thema, schwerpunktmäßig bisher bei Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Durch den zunehmenden Mangel von bezahlbaren und passenden Wohnungen nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land hat sich das Problem in den letzten Jahr deutlich verschärft. Seitdem hören wir immer wieder, vor welche Probleme dies auch unsere Mitgliedsorganisationen stellt. Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, Alte oder Kinder finden kaum noch einen Ort zum Wohnen. Hinzu kommt das spezielle Problem, dass viele durch Gewerbemietverträge eine viel unsicherere Situation haben. Mietverträge sind zeitlich begrenzt, und häufig herrscht Willkür bei Mieterforderungen, wenn Verträge nach einigen Jahren neu verhandelt werden müssen.

Was plant der Paritätische dazu?

2018 wird das Thema bezahlbarer und würdiger Wohnraum ein Schwerpunkt sein. Wir werden verstärkt diskutieren, wie heute eine soziale und bedarfsgerechte Wohnungspolitik für Menschen in besonderen Lebenslagen aussehen kann. Bund, Länder und Kommunen müssen wieder ihre jeweilige Verantwortung und Steuerungsmöglichkeit im Wohnungsbereich stärker wahrnehmen. Wir werden deutlich für Wohnungsbau und Wohnungsbewirt-

schaftung werben. Wir wollen aber nicht nur über die Probleme auf dem Wohnungsmarkt diskutieren, sondern auch aktiv werden. Der Paritätische will ein breites Bündnis aufstellen, das für die Wiedereinführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit werben und das Thema in die Politik bringen soll.

Was muss man sich unter einer neuen Wohngemeinnützigkeit vorstellen?

Bis 1990 hatten wir in Deutschland ein großes gemeinnütziges Segment im Wohnungsbau. Offiziell wurde die Gemeinnützigkeit vor dem Skandal um die „Neue Heimat“ abgeschafft, einem gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, bei dem Vorstandsmitglieder in die Kasse gegriffen hatten. In Wahrheit glaubte man aber wohl, dass die Privatwirtschaft die Wohnraumversorgung besser machen könne. Ein neoliberaler Irrglaube von vielen.

Ein gemeinnütziger Wohnungsmarkt zeichnet sich dadurch aus, dass die Unternehmen nur eine bestimmte Rendite erwirtschaften dürfen und alles darüber hinaus reinvestieren müssen. Im Gegenzug sind diese Wohnungen steuerbefreit. Außerdem müssen sie günstig vermietet werden, es gibt Verkaufsbeschränkungen, und die Wohnungen sind dauerhaft belegungsgebunden. Dieses Modell hat jahrzehntelang dazu beigetragen, dass es eine ausreichende Zahl an bezahlbaren Wohnungen gab. Seine Abschaffung hat einen großen Anteil an der heutigen Wohnungsmarktkrise. Die neue Wohngemeinnützigkeit ist aber nur ein Baustein. Wir brauchen auch wieder erheblich mehr Sozialwohnungen, mindestens 80.000 neue

„Der Paritätische will ein breites Bündnis aufstellen, das für die Wiedereinführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit werben und das Thema in die Politik bringen soll.“

pro Jahr, und eine sozial gerechte Bodenvergabe, wenn günstig gebaut werden soll.

Die Fragen stellte Philipp Meinert

Dr. Ulrich Schneider ist seit 1999 Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Mit dem Thema Armut und den Folgen hat er sich auch als Autor mehrerer Bücher intensiv beschäftigt.

1993: Solidarpakt gegen die Schwachen – Der Rückzug des Staates aus der Sozialpolitik

1994 (zusammen mit Hanesch u. a.): Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

2010: Armes Deutschland. Neue Perspektiven für einen anderen Wohlstand.

2014: Mehr Mensch! Gegen die Ökonomisierung des Sozialen

2015: Kampf um die Armut – von echten Nöten und neoliberalen Mythen

2017: Kein Wohlstand für alle!? Wie sich Deutschland selber zerlegt und was wir dagegen tun können.



Fachkraft gefunden!

Das Inklusionsbarometer Arbeit untersucht die Situation für Menschen mit Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

Mehr erfahren Sie unter www.aktion-mensch.de/inklusionsbarometer.

In Kooperation mit:

Handelsblatt
RESEARCH INSTITUTE

Aktion
MENSCH

➔ Mehr unter www.aktion-mensch.de/inklusionsbarometer

Die Wohnungspolitik ist ein wichtiger Baustein der Inklusion

Soziale Träger und Betroffene fordern von Politik und Wohnungswirtschaft gezielte Schritte zur Schaffung von Wohnraum für Menschen mit Beeinträchtigungen

Menschen mit Beeinträchtigungen haben es auf dem angespannten Wohnungsmarkt besonders schwer. Umso wichtiger sind die Angebote an Wohnraum, die soziale Träger für sie vorhalten, häufig verbunden mit individuellen Betreuungsleistungen. Doch auch für die freien Träger wird es immer schwieriger, ihren Bestand an Wohnungen zu halten oder gar zu erweitern, zumal sie häufig aufgrund von Gewerbemietverträgen weniger rechtlichen Schutz genießen. Diese doppelte Problemlage und die Suche nach Lösungswegen standen im Mittelpunkt einer gemeinsamen Fachtagung des Paritätischen Gesamtverbands mit dem Landesverband Hessen in Frankfurt. Vorgestellt wurden im Rahmen der Tagung so-

wohl das Projekt des Paritätischen Gesamtverbands mit dem Titel „Inklusion psychisch kranker Menschen bewegen“ (dazu auch ein Bericht auf den Seiten 10 und 11 dieser Ausgabe) als auch das Wohnungspolitische Positionspapier des Paritätischen.

Handlungsempfehlungen

Im Rahmen des Paritätischen Projekts zur Inklusion psychisch kranker Menschen wurden zwei Erhebungen zur Wohnraumerhaltung und -akquise für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen durchgeführt. Das Ziel war es einerseits, Barrieren zu erkennen, die für Menschen mit seelischen Erkrankungen die Wohnraumversorgung erschweren, und andererseits Maßnahmen und Handlungsempfehlungen für

die regionale, Landes- und Bundesebene zu entwickeln, um zu einer Verbesserung der prekären Situation beizutragen. Sabine Bösing, Referentin für das Projekt „Inklusion psychisch kranker Menschen bewegen“, stellte mit Patrick Bieler vom Institut für Europäische Ethnologie, der das Projekt wissenschaftlich begleitet, und mit Ina Siegel vom Behinderten-Werk Main-Kinzig e.V. sowie Doreen Mützel und Manuela Merz als Nutzerinnen wichtige Projektergebnisse vor. Der Main-Kinzig-Kreis in Hessen ist eine von vier Projektregionen – neben Berlin, Münster und Zittau.

In drei wichtigen Handlungsfeldern wurde die dringende Notwendigkeit festgestellt, konkrete Maßnahmen zu entwickeln:



Präsentation erster Ergebnisse des Projekts „Inklusion psychisch kranker Menschen bewegen“ (von links) Manuela Merz, Doreen Mützel, Patrick Bieler, Ina Siegel und Sabine Bösing. Foto: Ulrike Bauer

- Die Versorgung mit adäquatem und bezahlbarem Wohnraum muss gesichert werden.
- Strukturelle Barrieren beim Zugang von Menschen mit Beeinträchtigung zum Wohnungsmarkt müssen abgebaut werden.
- Die Inklusion von Menschen mit psychischen Erkrankungen muss durch Sozialraumorientierung und den Ausbau der Infrastruktur unterstützt werden.

Diese Forderungen decken sich auch mit dem wohnungspolitischen Positionspapier des Paritätischen Gesamtverbands, das Grundsatzreferentin Jennifer Puls vorstellte.

In Gesprächskreisen tauschten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung Erfahrungen in Hinblick auf die Wohnungsversorgung aus. Dabei wurde unter anderem deutlich:

- Von freier Wohnraumwahl kann für Menschen mit Behinderung nicht die Rede sein; denn die Angemessenheitsgrenzen bei den Kosten der Unterkunft hohlen das gesetzlich

verankerte Wunsch- und Wahlrecht erheblich aus.

- Es fehlt an Bauland, das freien Trägern ermöglicht, geeignete Wohnraumangebote für Menschen mit Beeinträchtigung zu schaffen. Hier sind vor allem die Kommunen gefordert.
- Wenn soziale Träger Wohnraum und Betreuung anbieten, sind diese aneinander gekoppelt, damit fallen sie unter das Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBVG). Die als Schutz gedachte Koppelung ist aber auch Risiko für Leistungsberechtigte und Leistungsträger, etwa wenn die Betreuung seitens des Leistungsberechtigten gekündigt wird oder ohne geeigneten Wohnraum keine Betreuung zur Verfügung steht. Karina Schulze vom Paritätischen Gesamtverband präsentierte zu dieser Thematik den Teilnehmenden den frisch gedruckten Praxisleitfaden zur Rolle von Sozialen Trägern als Vermieter und Mieter (siehe Kasten).

Stärkere Vernetzung gewünscht

Deutlich wurde, dass es den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Ta-

gung wichtig ist, sich zum Thema Wohnen stärker zu vernetzen. Sie wünschen sich zudem mehr individuelle aber auch wohnungspolitische Förderung, eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Wohnen für Menschen mit Beeinträchtigungen sowie auch, dass ihre Positionen in die politische Diskussion auf Bundes- wie Landesebene eingebracht werden.

Optionen für eine bessere Wohnraumversorgung wurden bei einer Podiumsdiskussion mit Akteurinnen und Akteuren der Landespolitik und der Wohnungswirtschaft in Hessen, des Hessischen Landesverbands Psychiatrieerfahrener e.V. und des Landesverbands Hessen der Angehörigen psychisch Kranker e.V. sowie des Behindertenwerks Main-Kinzig e.V. gesucht. Einen Bericht über die Diskussion finden Interessierte auf der Homepage des Paritätischen Gesamtverbands im Landesteil Hessen des Verbandsmagazins. Dieser ist in der Rubrik Publikationen unter Verbandsmagazin „Der Paritätische“ als PDF eingestellt.

Weitere Informationen zum Projekt und zur Tagung: www.der-paritaetische.de/schwerpunkte/wohnen/ UB

Praxisleitfaden:

Soziale Träger in den Rollen als Mieter und Vermieter

Die Arbeit sozialer Träger erfordert oft, auch Wohnraum für Klientinnen und Klienten zur Verfügung zu stellen, weil diese häufig alleine keine Chance auf dem Wohnungsmarkt haben. Als Mieter und Vermieter sind soziale Träger damit Partner in zwei unterschiedlichen Verträgen mit jeweils verschiedenen Vertragspartnern und unterschiedlichen Rechten und Pflichten. Die An- und Vermietung von Wohnraum gestaltet sich zudem seit einiger Zeit zunehmend schwierig. Denn Trägern wird immer öfter langjährig angemieteter Wohnraum quasi „problemlos“ gekündigt oder Neuanmie-

tungen scheitern an zu hohen Preisen. Auf diese unterschiedlichen Aspekte geht ein Praxisleitfaden des Paritätischen Gesamtverbands ausführlich ein. Unter der Überschrift „Soziale Träger in den Rollen als Mieter und Vermieter“ vermittelt er rechtliche Grundlagen beispielsweise zum Mietrecht für Wohn- und Gewerberäume sowie zu Kündigungsfragen, zeigt Pflichten von Mietern und Vermietern und auch Handlungsoptionen bei der Akquirierung von Wohnraum auf.

Den Praxisleitfaden finden Interessierte zum Herunterladen im Internet auf www.der-paritaetische.de in der Rubrik Publikationen.



Eine Wohnung ist mehr als ein Dach über dem Kopf

Im November 2014 startete das auf fünf Jahre anberaumte Projekt mit dem Titel „Inklusion psychisch kranker Menschen im Bereich Wohnen bewegen“. Ziel ist es, die Wohnraumversorgung von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen zu verbessern. Gefördert wird das Projekt durch die Aktion Mensch Stiftung.

Der Paritätische Gesamtverband ist im Rahmen des Modellprojekts „Inklusion psychisch kranker Menschen im Bereich Wohnen bewegen“ gemeinsam mit seinen Landesverbänden und den Modellregionen Berlin, Main-Kinzig-Kreis, Münster und Zittau auf der Suche nach Möglichkeiten, bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen sicherzustellen. Ziel ist es, innovative Ansätze der Wohnraumerhaltung und -gewinnung zu entwickeln, in der Praxis zu erproben und im Versorgungssystem nachhaltig zu sichern. Im Vordergrund steht dabei die aktive Teilhabe psychisch kranker Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache. Das Projekt zeichnet sich durch eine partizipative Beteiligungs- und Begegnungskultur aus. Damit die Vernetzung innerhalb und außerhalb des Verbandes gelingt, gibt es auf Bundesebene einen Projektbeirat, auf Landesebene Gremien der Landesverbände und in den Modellregionen Projektteams.

Manuela Merz: „Viele Vermieter haben leider immer noch Vorurteile gegenüber Menschen mit psychischen Erkrankungen.“



Zunächst wurde die Wohnraumsituation von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen aus der Perspektive der Betroffenen, der Sozialen Träger und der Wohnungswirtschaft genauer untersucht. Dazu wurden 134 Nutzerinnen und Nutzer befragt, mit welchen Barrieren sie konfrontiert sind und was sie sich im Bezug auf die Versorgung mit Wohnraum wünschen. Die Träger der psychiatrischen Versorgung verdeutlichten, welche Herausforderungen der abgegraste Wohnungsmarkt für ihre Arbeit mit sich bringt. Und mit der Wohnungswirtschaft wurde überlegt, welche Lösungswege gemeinsam gegangen werden könnten.

Nutzerinnen und Nutzer berichten

Anna Müller ist 36 Jahre und lebt in Berlin alleine in einer Wohnung, die sie durch einen Träger der Eingliederungshilfe erhalten hat. Sie erzählt, wie sich durch den eigenen Wohnraum ihr Leben verändert hat: „Ich habe zuvor in einer betreuten WG mit anderen Menschen mit psychischen Erkrankungen gelebt, das war zwar eine Zeit lang wichtig, da ich nicht alleine sein konnte und andere zum Austausch brauchte, aber es wurde irgendwann auch unangenehm. Jetzt kann ich selbst entscheiden, wann ich was mache. Ich kann weiter gesund und fühle mich zu-

hause.“ Besonders das Gefühl von „Zuhausesein“, das wird im Gespräch deutlich, ist entscheidend, um sich weiter zu stabilisieren. Was macht das Zuhause aus? Anna Müller beschreibt es so: „Ich fühle mich in meiner Nachbarschaft sicher und geborgen, da sind nette Menschen, die nichts von mir wollen, aber einfach da sind.“ Auf die Frage, was sie sich weiter wünscht, antwortet sie: „Ich hätte gerne einen eigenen Mietvertrag und die Sicherheit, dass ich dort wohnen bleiben kann.“

Harter Wettbewerb

So wie Anna Müller bestätigten ein Großteil der 134 Nutzerinnen und Nutzer in den vier Modellregionen den Wunsch nach einem selbstbestimmten Zuhause. Angesichts der angespannten Wohnungsmärkte oft ein unerfüllbarer Wunsch. Es sei schwer, gegen die „normalen Bürger“ im Wettbewerb um Wohnungen ankämpfen zu müssen, meinte einer der Teilnehmer aus Münster, der namentlich nicht genannt werden möchte. „Wir sind ja mehrfach angeschmiert, wir haben ja nicht nur unsere psychische Beeinträchtigung, sondern sind auch arbeitslos und vielleicht noch sonst krank, alt oder Ausländer. Na wunderbar, wer will denn was mit uns zu tun haben? Wir sollen auf Bäume klettern, nur sind keine Äste da, irgendwann fällst du runter.“

Gerade die Abhängigkeit von Sozialleistungen erleben viele der Befragten als ein großes Stigma. Nicht wenige schildern problematische Situationen beim Jobcenter und beklagen, dass fehlende finanzielle Mittel häufig zu Wohnraum führen, der große Mängel aufweist, sich oft in Randlagen und einem belastenden Wohnumfeld befindet. Alles Faktoren, die eine psychische Beeinträchtigung eher verstärken können.

Das Zusammenleben mit Menschen ohne psychische Beeinträchtigung wünschen sich viele Befragte. Sie sehen es als Bereicherung. Umgekehrt ist die Unkenntnis in der Gesellschaft über die vielfältigen Krankheitsbilder groß und führt oft zu Problemen. Eine junge Frau berichtete, in ihrem Bekanntenkreis herrsche Unverständnis, dass sie nicht arbeiten gehe. „Dies führt immer wieder dazu, dass ich mich minderwertig fühle.“ Das Gefühl von „Minderwertigkeit“ werde auch durch die Anforderungen der Wohnungswirtschaft verstärkt. So stellen Bewerbungsverfahren und die Vorgabe, Mietschuldenbefreiung und Kostenübernahme nachweisen zu können, Barrieren dar, die in bestimmten Lebenssituationen nicht zu meistern sind. Dabei verfügen Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung durchaus über persönliche Ressourcen und werden durch ihre Krankheit und deren Auswirkungen aus ihrer Sicht meist weniger eingeschränkt als durch mangelnde finanzielle Möglichkeiten und die Engpässe auf dem Wohnungsmarkt. Bei einer Befragung in der Modellregion Gelnhausen in Hessen stellten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter auch Manuela Merz und Doreen Mützel (siehe Fotos) folgende Forderungen auf, um die Wohnraumversorgung von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen zu verbessern:

- Sowohl Behörden als auch Betroffene sollten kooperativ sein. Gegenseitiges Verständnis ist wichtig.
- Betroffene sollten die Möglichkeit erhalten, sich auf Vorstellungsgespräche mit Vermietern gezielter vorbereiten zu können.
- Der Bezug von Transferleistungen und Betreuungsleistungen bieten

Vorteile für Vermieter, darüber sollte mehr aufgeklärt werden.

- Psychische Erkrankungen wecken Ängste, hier braucht es Aufklärung und Information.
- Niedrigere Zugangsmöglichkeiten für Wohnungen: Wohnberechtigungsscheine beispielsweise müssen innerhalb von Tagen ausgestellt werden, nicht nach Monaten.
- Es braucht mehr Informationen, welche Rechte Mieterinnen und Mieter haben. Menschen mit psychischen Erkrankungen sollten kostenfrei Mitglieder im Mieterbund sein können.
- Anforderungen seitens des Sozialamtes/Jobcenters (beispielsweise im Bezug auf Heiz- oder Stromkosten) sollten angemessen/verhältnismäßig zur Situation des Betroffenen sein (Stichwort: Ein Umzug wegen 16 Euro pro Monat ist nicht zumutbar).

Betreuung ohne Wohnung, wie soll das gehen?

Die am Projekt beteiligten Träger der gemeindepsychiatrischen Versorgung äußerten große Besorgnis über die Entwicklungen am Wohnungsmarkt. Neuer Wohnraum könne kaum akquiriert werden, und angemieteter Wohnraum werde immer öfter gekündigt, beklagten 19 Geschäftsführende und Mitarbeitende der Träger. „Bis 2010 waren wir gern gesehen. Heute gibt man uns zu verstehen, dass die Träger eine Belastung und Bremse für die Wohnungsunternehmen darstellen, um höhere Mietpreise erzielen zu können“, sagte beispielsweise Steffen Lienemann, der beim Unionhilfswerk Berlin stellvertretender Leiter des Bereichs Gebäudetechnik/Instandhaltung ist. Die sozialen Träger haben erheblichen Mehraufwand, um die Wohnraumversorgung ihrer Klientinnen und Klienten zu sichern, ist sie doch auch eine wichtige Voraussetzung, damit der eigentliche Betreuungsauftrag erfolgreich umgesetzt werden kann: „Unsere Aufgabe ist es, die Selbstständigkeit der Menschen zu erhalten oder weiterzuentwickeln, zu einer Heilung der Erkrankung beizutragen und Barrieren im Umfeld abzubauen und damit gemeinsam Lösungen im Alltag zu finden“, betonte Andreas Schimmer, Ge-

schäftsführer von WIB – Weißenseer Integrationsbetriebe Verbund.

Steffen Lienemann vom Unionhilfswerk Berlin erklärte, was es im Alltag eines Trägers bedeutet, Wohnraum zu unterhalten: „Werbung machen (zum Beispiel Mappen und Flyer anfertigen), Kontakte zur Wohnungswirtschaft pflegen, den Bestand erhalten, trotz stark veränderter Marktbedingungen



Doreen Mützel:
„Der Bezug von Transferleistungen und Betreuungsleistungen bieten Vorteile für Vermieter – darüber sollte mehr aufgeklärt werden.“

Zuwächse an Wohnraum generieren, Renovierungen durchführen, Anmietung/Vermietung, Wohnungsübergabe, Betriebskostenabrechnung und vieles mehr.“ Bei der Gestaltung der Entgelte für die Träger werde dies alles jedoch nicht berücksichtigt.

Das Projekt zeigt schon jetzt: Es muss das erste Ziel bleiben, ein für alle Menschen bezahlbares und angemessenes Zuhause mit einem eigenen Mietvertrag zur Verfügung zu stellen. Dafür braucht es die Kooperation mit der Wohnungswirtschaft. Wolfgang Medger von der Berliner Wohnungsbaugesellschaft degewo machte deutlich: „Wir vermitteln mehr als nur eine Wohnung, wir vermitteln ein Zuhause.“ Das lässt darauf hoffen, dass die Kooperation sozialer Träger mit der Wohnungswirtschaft ausgebaut werden kann und weitere innovative Modelle entstehen, die die Wohnraumversorgung für alle Beteiligten verbessern.

Sabine Bösing, Referentin für das Projekt „Inklusion psychisch kranker Menschen bewegen“, Tel.: 030/24636453
E-Mail: inklusion@paritaet.org
www.der-paritaetische.de/schwerpunkte/wohnen/

Weiblich, bunt, lebhaft – und ein sicherer Ort für Frauen ohne festen Wohnsitz



Der Taff hat ihnen Mut zu einem neuen Lebensabschnitt gemacht: Claudia Rastetter (links), Sandra Lorenz (Mitte) und Silvia Fisovic.

Abseits großer Straßen, in einem ruhigen Hinterhof in Karlsruhe, finden ausschließlich Frauen ohne festen Wohnsitz einen Ort des Rückzugs, der Stärkung und der Gemeinschaft. Der „Taff“, der Tagestreff für Frauen des Vereins Sozialpädagogische Alternativen e. V., heißt sie alle willkommen, ohne Vorbehalt und Forderung.

Eines Tages war die Räumungsklage da. Silvia Fisovic kann bis heute nicht nachvollziehen wieso. Zwei gescheiterte Ehen, weil die Männer gewalttätig waren, Depressionen, und dann das. Wohin nun? Silvia Fisovic landet beim Taff und kommt über den Treff in eine Wohngemeinschaft des Trägervereins Sozialpädagogische Alternativen, kurz: Sozpädal. „Ich könnte nicht auf der Straße leben“, sagt sie. Offen erzählt Silvia Fisovic von ihrer

Verzweiflung und vom Wunsch, von der Brücke zu springen: „Nur der Gedanke an die Enkel hat mich davon abgehalten.“ Ihre Kinder wollte Silvia Fisovic mit ihrer Situation nicht belasten: „Die haben genug mit sich selbst zu tun, außerdem bin ich da allein reingeraten.“

„Nehmt Hilfe an!“

Über Taff und Sozpädal hat ihr Leben mittlerweile eine Perspektive bekommen: „Ich bin froh, dass ich hier bin.“

Vor allem Frauen, die auf der Straße leben, rät Silvia Fisovic: „Nehmt Hilfe an!“ Die Leiterin des Tagestreffs, Lissi Hohnleiner, weiß nur zu gut, dass dies den betroffenen Frauen schwerfällt, auch aus Furcht vor Forderungen: „Was erwarten die von mir?“ Deswegen ist Taff als niederschwelliges Angebot konzipiert. Wer kein festes Dach über dem Kopf hat, findet dort ohne jegliche Vorbedingung einen Ort zum Verschlaufen und Versorgen: Wärme,

Essen, neue Kleidung, eine Dusche und Gespräche mit anderen Frauen, denen man das eigene Leben nicht zu erklären braucht. Manche nutzen Taff auch als Postadresse.

Eine Alternative zu männerdominierten Orten

Es ist 10 Uhr: Taff eröffnet sein Frühstücksbüffet. Platten und Teller sind abwechslungsreich bestückt. Bevor sie hier zugreifen, stöbern die meisten Besucherinnen noch rasch in einem Korb mit Körperpflegeartikeln, die ebenso wie die Speisen gespendet sind. Nach kurzer Zeit herrscht Kaffeehausatmosphäre, an den Tischen wird munter geplaudert. „Bei uns ist es weiblich, bunt und lebhaft“, sagt Lissi Hohnleiner. Das sei der Unterschied zu vielen anderen Einrichtungen für wohnungslose Menschen. Die Taff-Leiterin beschreibt sie als „männerdominiert“, weshalb sich Frauen dort nicht so wohl fühlten. Aus dieser Erfahrung heraus gründete Sozpädal vor 17 Jahren einen offenen Treff ausschließlich für Frauen.

Gemeinschaft unter einem Dach

Von „ihrer“ Klientel, so schätzt die Taff-Leiterin, leben rund zehn Prozent auf der Straße. Wer dazu gehört, lässt sich keinesfalls auf den ersten Blick erkennen. „Viele der Frauen achten auf ihr Äußeres“, erklärt Lissi Hohnleiner. Unter den täglich bis zu 80 Besucherinnen sind „Couch Hopperinnen“, die sich bei Bekannten durchschlagen, ebenso wie Frauen aus Notunterkünften und ältere Frauen aus der Nachbarschaft, allein und mit schmaler Rente. Gemeinschaft unter einem Dach, das schätzen alle Frauen. Und dass „wir sie professionell in Ruhe lassen“, so die Leiterin. Manche Frauen ohne feste Wohnung betrachten die Sozialarbeiterinnen fast als Freundinnen, denen sie sich mitteilen. „Aber wenn man ihnen dann einen Rat geben will, zucken sie zurück“, so Lissi Hohnleiner. Es braucht Feingefühl und personelle Kontinuität, damit die Frauen über die Gesprächsnähe hinaus ihre Scheu und Verschlussenheit aufgeben. Bedrängt wird niemand. Wer sich öffnet und Hilfe sucht, kann seinem Leben mit

Unterstützung von Taff und Sozpädal eine neue Richtung geben. Für wohnungslose Menschen in Karlsruhe hat der Verein derzeit rund 200 Wohnungen angemietet. Ein Teil der Räumlichkeiten ist ausschließlich für Frauen vorgesehen. Mit diesem Angebot hat der Verein Pionierarbeit geleistet, weit über die Stadtgrenzen hinaus. „Wir möchten andere Träger ermutigen, ebenfalls solche Möglichkeiten zu schaffen. Denn der Bedarf ist da“, sagt Lissi Hohnleiner. Nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe ist der Anteil der Frauen an den Wohnungslosen auf deutlich mehr als 25 Prozent gestiegen.

Frauenpension und Beschäftigungsprojekt

Die Chance, die Taff und Sozpädal ihr boten, nutzte auch Sandra Lorenz für einen Neustart. Nach ihrer Flucht aus der ehelichen Gewalt fand sie zunächst einen Platz in der Frauenpension des Vereins, nun lebt sie mit ihren Kindern wieder in einer eigenen Wohnung. Sandra Lorenz geht weiterhin täglich in den Frauentreff – zur Arbeit. Denn Taff umfasst auch ein Beschäftigungsprojekt, um die Teilnehmerinnen zu qualifizieren. Derzeit legen 20 bis 30 Frauen im täglichen Betrieb mit Hand an. Sie managen zum Beispiel die Kaffeetheke, arbeiten in der Kleiderkammer und halten den Sanitärbereich in Schuss. Sandra Lorenz ist noch im Außendienst eingesetzt, Wäsche waschen in der Familienpension. Die gelernte Fleischerin-Fachverkäuferin möchte sich über Taff fitmachen für ihre Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt, „gern wieder in den Verkauf“. Bis Sohn und Tochter im Kita-Alter waren, hatte Sandra Lorenz die beiden Kinder zur Arbeit mitnehmen können: „Das hat gut funktioniert.“ Ihr Nachwuchs betrachte den Treff schon als ihr zweites Zuhause und die Spielecke dort als sein Zimmer. Der Taff ist wegen der alleinerziehenden Mütter auf Kinder eingerichtet, am Wochenende sind bis zu 15 Mädchen und Jungen da. Sandra Lorenz empfindet den Treff „wie eine Familie“. Das Team der Einrichtung habe sie stets durch „alle Höhen und Tiefen“ begleitet. Dieses >>



Controlling für soziale Einrichtungen

Zukunftsweisende Unternehmensplanung und Steuerung erfordern den Einsatz professioneller Software, die Sie permanent unterstützt und von zeitaufwändigen Routinearbeiten entlastet.

Mit **Xview** haben wir eine leistungsfähige und intuitiv bedienbare Business Intelligence Software **speziell für den Einsatz in sozialen Einrichtungen** entwickelt.

Xview bietet eine optimale Basis für Planung, Simulation, Steuerung und Analyse Ihrer Unternehmensdaten. Die Erstellung von Unternehmensplanungen, Forecasts, Kennzahlen, grafischen Analysen, Ampelanalysen, Dashboards oder einem automatisierten Berichtswesen sind schnell und intuitiv möglich.



... das rechnet sich für Sie!



Vereinbaren Sie Ihren Präsentationstermin!

info@controlling-and-more.com

Füreinander-Da-Sein schätzt auch Silvia Fisovic. Sie ist ebenfalls im TafF beschäftigt und froh, dass es bei „bei der Arbeit keinen Druck gibt. Das hilft mir“. Manchmal kann sie wegen ihrer Depression einfach nicht arbeiten, weiß aber, dass sie jederzeit zurückkehren kann.

Nicht einfach den Schalter umlegen

Das ist Prinzip. „Woanders würden die Frauen in so einem Fall gleich rausfliegen“, erklärt Lissi Hohnerlein. Der TafF nimmt sie wieder auf. Denn die Frauen können nicht einfach einen Schalter umlegen und durchstarten,

sie müssen erst ihre Ressourcen (wieder)entdecken und behutsam neue Routinen aufbauen. „Wenn’s mal schiefläuft“, so die Leiterin, „dürfen die Frauen es jederzeit nochmal probieren.“

Diesen Grundsatz begrüßt Claudia Rastetter als „Vertrauen, dass man etwas leisten kann“. Sie hat sich nach bitterer Zeit wieder hochgerappelt, kam aus einer Notunterkunft ins betreute Wohnen bei Sozpädal und wechselte später wieder in eine eigene Bleibe. Die gelernte Altenpflegerin kann krankheitsbedingt ihren Beruf nicht mehr ausüben und bleibt daher bei

TafF bis zur Rente. Claudia Rastetter engagiert sich mittlerweile auch außerhalb dieser schützenden Gemeinschaft: Sie kümmert sich als ehrenamtliche Bereichsleiterin der Diakonie um Zubereitung und Ausgabe von Vesperbroten in einer Kirchengemeinde.

Text und Foto: Bernd Kleiner

Taff – Tagestreff für Frauen
Lissi Hohnerlein
Tel.: 0721/16089880
E-Mail: taff@sozpaedal.de
www.sozpaedal.de

Wo sollen Menschen wohnen, die auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind?

Inzwischen ist es auch in Ballungsgebieten selbst für Durchschnittsverdienerinnen und -verdiener schwer geworden, eine bezahlbare Wohnung zentral in der Stadt zu finden. Zu erwartender Nachwuchs beispielsweise und der damit einhergehende Bedarf nach einer größeren Wohnung stellt auch die vor Probleme, die von der Krise des Wohnungsmarktes bisher noch gar nichts mitbekommen haben. Der Umzug von einer Drei- in eine Vierzimmerwohnung? Selbst für die mit mittleren Einkommen zunehmend ein Problem, zumindest wenn sie nicht mit dem Stadtrand vorlieb nehmen wollen. Kurzum: Die Wohnungsnot ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

50 Quadratmeter für eine alleinlebende Person

Dieses Phänomen ist relativ neu. Gar nicht neu und deswegen viel weniger in den Medien präsent ist, dass diejenigen, die wenig oder gar nichts verdienen, erst recht keine Chance auf eine Wohnung haben. Ihnen bleibt gar nichts anderes übrig als der Stadtrand oder im schlimmsten Fall die Obdachlosigkeit. Es ist fast so, als hätten sich viele ein bisschen daran gewöhnt. Doch gerade die armutsgefährdeten

Haushalte sind es, welche die Folgen der Mietenexplosion zuerst spüren. Für die Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II, auch Hartz IV genannt, stellt sich nicht einmal mehr die Frage, wo sie wohnen wollen. Zwar haben sie Anspruch auf Übernahme ihrer Mietkosten, aber in einem eng gesteckten Rahmen. Nicht mehr als durchschnittlich 50 Quadratmeter darf eine alleinlebende Person bewohnen – und was pro Quadratmeter bezahlt wird, legt die jeweilige Kommune fest, die nicht gerade Geld übrig hat und ebenso unter steigenden Mieten und der Profitgier der Immobilienkonzerne leidet.

Oft geht ein Teil des Regelsatzes für die Miete drauf

Darüber ärgert sich auch Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. „Es darf nicht sein, dass die Jobcenter ihr knappes Geld den Vermieterhaien in den Rachen werfen“, meint Hesse. Oft sind Mieterinnen und Mieter dann sogar gezwungen, einen Teil ihres Regelsatzes selbst in die Miete zu stecken.

Hinzu kommt das Stigma „Hartz IV“ bei der Wohnungssuche. Da besonders kleinere Wohnungen für Singles oder Studenten gesucht sind, bekommen

diese eher den Zuschlag für eine Wohnung. Wer Arbeitslosengeld II bekommt, muss sich bei der Wohnungssuche ganz hinten anstellen.

Immer mehr bezahlbarer Wohnraum fällt weg

Bleibt die Frage, wo bezahlbare Wohnungen herkommen sollen. Sicherlich nicht von der Bauwirtschaft, die seit Jahren auf „Betongold“ und damit auf hochpreisige Eigentumswohnungen setzt. In der sehenswerten Dokumentation „Die Stadt als Beute“ fragt ein Vertreter der Immobilienwirtschaft verräterisch: „Muss denn ein Hartz-IV-Empfänger am Potsdamer Platz wohnen?“ In der Verwertungslogik der Bauindustrie ist kein Platz für Ärmere. Gleichzeitig fällt durch auslaufende Belegungsbindung immer mehr bezahlbarer Wohnraum weg. Zehntausende Sozialwohnungen verschwinden pro Jahr trotz leichtem Neubauanstieg. Aber auch wenn es teuer wird, ist hier vornehmlich der Staat gefragt. Bund, Länder und Kommunen müssen ihre Anstrengungen verstärken und wieder für bezahlbare Wohnungen sorgen.

Philipp Meinert

Drei Fragen an Werena Rosenke zum Thema Wohnungslosigkeit

Die BAG Wohnungslosenhilfe (BAG W) hat jüngst bei ihrer Jahrestagung in Berlin die aktuelle Schätzung zur Zahl der wohnungslosen Menschen in Deutschland vorgelegt: 2016 waren demnach etwa 860.000 Menschen in

Deutschland ohne Wohnung – seit 2014 ist dies ein Anstieg um rund 150 Prozent. Werena Rosenke, Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, rechnet damit, dass die Zahlen sich noch verschlechtern.



Foto: BAG-W

Frau Rosenke, wie sieht Ihre Prognose zur Entwicklung der Wohnungslosenzahlen aus?

Werena Rosenke: Wir erwarten von 2017 auf 2018 einen weiteren Zuwachs um circa 350.000 Menschen. Insgesamt wird die Zahl dann auf etwa 1,2 Millionen Wohnungslose steigen. Das wäre eine weitere Steigerung um etwa 40 Prozent. Diese Zahl ist alarmierend. Leider sind unsere regelmäßigen Schätzungen immer noch nicht durch offizielle staatliche Erhebungen bestätigt, obwohl wir seit Jahren eine Wohnungsnotfallstatistik von der Bundesregierung fordern. Nordrhein-Westfalen zeigt, dass so etwas machbar ist. Außerdem fordern wir einen Wohnungsgipfel und einen Nationalen Aktionsplan gegen Wohnungsnot. Wohnen ist ein Menschenrecht. Es ist ein Skandal, dass so viele Menschen auf der Straße oder in unwürdigen Notunterkünften leben oder sich bei Freunden durchschlagen müssen. Seit 1990 sind in Deutschland immerhin mindestens 300 Menschen ohne Obdach erfroren.

Seit 2016 schließt die BAG W in ihre Schätzung die Zahl der wohnungslosen anerkannten Flüchtlinge ein...

2016 betrug die Zahl der wohnungslosen Menschen ohne Berücksichtigung der wohnungslosen Flüchtlinge gut 420.000. Wir schätzen die Zahl der wohnungslosen anerkannten Flüchtlinge auf circa 440.000 Menschen. Diese zusätzliche Gruppe Wohnungsloser, die

im Regelfall weiterhin in den Gemeinschaftsunterkünften geduldet wird, stellt also etwa die Hälfte aller Wohnungslosen in Deutschland. Aber auch ohne die Wohnungslosigkeit von Flüchtlingen müssen wir leider davon ausgehen, dass der Anstieg der Wohnungslosenzahlen zwischen 2015 und 2016 unseren früheren Prognosen entsprechen hat. Die Zuwanderung hat die Gesamtsituation zwar dramatisch verschärft, aber sie ist keinesfalls alleinige Ursache der neuen Wohnungsnot. Das ist vielmehr die seit Jahrzehnten verfehlte Wohnungspolitik in Deutschland in Verbindung mit der unzureichenden Armutsbekämpfung.

Es muss also dringend mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden...

Auf jeden Fall. Aber nicht nur das. Das ist zwar eine wichtige Voraussetzung für die Bekämpfung von Wohnungslosigkeit, aber nicht ausreichend. Bund, Länder und Kommunen müssen massive Anstrengungen zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit unternehmen. Unter anderem sagen wir: Der Bund muss wieder mehr für den sozialen Wohnungsbau tun, kommunale Wohnungsbau-gesellschaften müssen gestärkt und eine funktionierende Mietpreisbremse geschaffen werden. Die Kommunen müssen aber auch gezielte Maßnahmen ergreifen, um bereits wohnungslose Haushalte wieder mit Wohnungen zu versorgen. Und es müssen gezielt bei privaten Vermietern und der Wohnungswirtschaft Wohnungen

„Wir fordern einen Wohnungsgipfel und einen Nationalen Aktionsplan gegen Wohnungsnot.“

zur Versorgung von Menschen in einer Wohnungsnotfallsituation akquiriert werden. Außerdem sollte bei der Übernahme von Mietschulden zur Vermeidung von Räumungsklagen auch im Sozialgesetzbuch II die Möglichkeit vorgesehen werden, Leistungen als Beihilfe zu gewähren. Und außerdem sollte die Kürzung der Kosten von Unterkunft und Heizung im Rahmen der Sanktionierung bei Unter-25-Jährigen endlich gestrichen werden. Denn diese ist absolut kontraproduktiv. UB

Werena Rosenke ist seit Januar als Nachfolgerin von Thomas Specht Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe. Seit 2003 war sie bereits stellvertretende Geschäftsführerin.

Bundesarbeitsgemeinschaft
Wohnungslosenhilfe
Tel.: 030/2844537-11
E-Mail: werenarosenke@bagw.de
www.bagw.de

Kopf braucht Dach

Kampagne der Studierendenwerke für bezahlbaren Wohnraum



Foto: Studierendenwerk Stuttgart
Christoph Düpper

Für immer mehr der rund 2,8 Millionen Studierenden in Deutschland wird es zunehmend schwierig, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Besonders in den Hochschulstädten stellt die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt für Studentinnen und Studenten ein großes Problem dar. Viele müssen daher zwischen dem oft weit entfernten Wohnort und der Uni pendeln oder wohnen notgedrungen noch bei den Eltern. Mit einer Kampagne unter dem Titel „Kopf braucht Dach“ machen die 58 im Deutschen Studentenwerk organisierten Studenten- und Studierendenwerke nun auf dieses Problem aufmerksam. Sie appellieren an die Politik auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene, den Neubau und die Sanierung der Wohnheime für Studierende besser zu unterstützen. Schon länger fordern die Studierendenwerke einen gemeinsamen Bund-Länder-Hochschulsozialpakt für Neubau und Sanierung von Wohnheimen.

Fast 200.000 Studierende leben in Wohnheimen

Derzeit leben rund 192.000 Studierende in den rund 1.700 Wohnheimen der Studenten- und Studierendenwerke. Mit einer durchschnittlichen Warmmiete von 241 Euro im Monat ist das Wohnheim des Studentenwerks die für Studierende preisgünstigste Wohnform außerhalb des Elternhauses. Die Wohnpauschale beim BAföG liegt aktuell bei

250 Euro im Monat und deckt in vielen Städten nicht einmal die Kosten eines kleinen Zimmers in einer Wohngemeinschaft.

Frage der Bildungsgerechtigkeit

„Sozialverträgliche, bezahlbare Mieten, die sich am BAföG orientieren, können die Studentenwerke bei Neubau und Sanierung nur realisieren, wenn sie von der Politik mit Zuschüssen unterstützt werden“, erläutert Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks. Zwei Milliarden Euro würden für den Bau von 25.000 zusätzlichen Wohnheimplätzen benötigt, 1,3 Milliarden Euro für die Sanierung bestehender Wohnheime. Von Bund und Ländern brauche man dafür zusätzlich 1,45 Milliarden Euro an Zuschüssen. „Während die Zahl der staatlich geförderten

Studienplätze seit dem Jahr 2008 um 42 Prozent gestiegen ist, wurden bei den Studentenwerken seitdem gerade einmal fünf Prozent mehr Wohnheimplätze mit staatlicher Förderung geschaffen. Diese Schere darf nicht noch weiter auseinanderklaffen“, mahnt Achim Meyer auf der Heyde. Die Wahl des Studienorts dürfe nicht vom Geldbeutel abhängen. Bezahlbarer Wohnraum sei auch eine Frage der Bildungsgerechtigkeit sowie eine Chance für die Zukunft: Studierende verjüngten heute die Städte und arbeiteten morgen als hoch qualifizierte Fachkräfte. UB

Deutsches Studentenwerk
10178 Berlin
Tel: 030/297727-10
E-Mail: dsw@studentenwerke.de
Zur Kampagne:
www.mein-studentenwohnheim.de

Das Theodor-Heuss-Heim – ein Wohnheim des Studierendenwerks Stuttgart

Foto:
Studierendenwerk Stuttgart/die arge lola



Diskriminierung bei der Wohnungssuche

Trotz des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes werden Menschen mit Migrationshintergrund bei der Wohnungssuche häufig benachteiligt. Dies war zentrales Thema eines Fachgesprächs von Aktiven aus der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer.

Die Zahl der Menschen, die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt erleben, ist 2016 um die Hälfte gestiegen. Das geht aus dem Dritten Gemeinsamen Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) hervor. Von den insgesamt 467 Anfragen zum Wohnraum betraf die überwiegende Anzahl mit 443 Anfragen eine Diskriminierung im Zusammenhang mit einem Mietverhältnis. Etwa die Hälfte der Anfragen bezog sich auf Benachteiligungen wegen der ethnischen Herkunft. Die Benachteiligung äußert sich durch diskriminierende Wohnungsanzeigen, ungleich höhere Mieten oder Mobbing in der Nachbarschaft.

Diskriminierung aufgrund von ethnischer Herkunft und des Aufenthaltsstatus als asylsuchend oder geduldet stehen im besonderen Fokus von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Dabei spielen etwa der Name, Sprachkenntnisse in Deutsch und der sogenannte Migrationshintergrund eine Rolle. Oft ist es schwierig, nachzuweisen, dass eine Wohnung aufgrund von Diskriminierungsstrukturen nicht vergeben wurde.

Handlungsbedarf erörtert

Mit diesen Herausforderungen und anderen Fragen setzen sich vermehrt auch die Berater/-innen in der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) auseinander. Sie haben tagtäglich mit Fragen der Wohnungssuche für Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte zu tun. Ein Fachgespräch des Paritätischen Mitte November 2017 in Leipzig griff daher gezielt dieses Thema auf, um den Austausch zu ermöglichen und gegebenenfalls Handlungsbedarf zu eruieren. Die Teilnehmer/-innen aus der Migrations-

beratung erfuhren von Heike Fritzsche von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) und von Daniel Bartel vom Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) interessante Fakten.

Heike Fritzsche gab einen Überblick zu Aufgaben und Struktur der ADS sowie zum rechtlichen Rahmen, dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Dabei skizzierte sie den Schutzbereich, der unter anderem auf Beschäftigung und Beruf sowie Alltagsgeschäfte – wie Einkäufe, Gaststätten- oder Diskothekenbesuche sowie Bus- und Bahnfahrten – anwendbar ist. Zudem zeigte sie auf, inwiefern das AGG beim Zugang zu neuen und bei bestehenden Wohnverhältnissen greift. „Es gibt verschiedene Methoden, die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt sichtbar machen können“, so Fritzsche. Sie stellte das Testing-Verfahren vor. Demnach bewerben sich zwei Personen, die sich bis auf ein Merkmal, zum Beispiel den Namen oder das Geschlecht, in keiner Weise unterscheiden, auf dieselbe Wohnung. Mehrere Testing-Studien ergaben, dass Personen mit herkunftsdeutschem Namen bei der Wohnungsvergabe öfter bevorzugt wurden.

Vermittlung und Konfrontation

Daniel Bartel versuchte zu eruieren, welche Möglichkeiten die MBE-Berater/-innen haben, um das Thema Diskriminierung in der Beratungspraxis aufzugreifen. Ein Aspekt sei dabei die Frage nach der Reflexion der eigenen Haltung zum Thema, ein anderer die Dokumentation von Fällen sowie Strategien von Lobbyarbeit, etwa in Form von Stellungnahmen oder Beschwerdebriefen. „Antidiskriminierungsarbeit heißt einerseits

vermitteln und andererseits konfrontativ vorgehen“, so Bartel.

Die anschließende Diskussion zeigte, dass es großen Bedarf an Austausch gibt. Einerseits kann die MBE nicht zusätzlich auch Diskriminierungsberatung leisten; allerdings gibt es Instrumente, die auch in der MBE-Praxis niederschwellig genutzt werden können, um Diskriminierung sichtbar zu machen: etwa die Dokumentation und Weiterleitung von Fällen zum Beispiel an den advd oder die ADS. Einige Beraterinnen und Berater tun dies bereits. Festgestellt wurde in der Diskussion auch, dass sich Kooperationen mit wichtigen Akteuren wie privaten Wohnungsanbietern im Rahmen ihrer Netzwerkarbeit als schwierig erweisen. Grundsätzlich sprachen sich die Berater/-innen für eine stärkere Auseinandersetzung mit dem Thema in der MBE aus.

EvIn Kofli, Referentin für Migrationssozialarbeit beim Paritätischen Gesamtverband

Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer

Seit Januar 2005 unterstützt die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer Menschen mit Migrationshintergrund im Alter über 27 Jahren bei der sprachlichen, beruflichen und sozialen Integration. Sie hat dabei vor allem die Aufgabe, als Grundberatungsangebot neu zugewanderten Erwachsenen Integrationsförderung anzubieten. Dazu gehören individuelle Beratung und Begleitung auf Basis des Case Managements, Empowerment zum selbstständigen Handeln in alltäglichen Lebenssituationen, Vermittlung an andere Dienste und Einrichtungen.

Vernetzung gegen steigende Mieten

Die Fehler der vergangenen Jahre in der Wohnungspolitik wettzumachen, erfordert große Anstrengungen. Kooperationen Paritätischer Akteure mit Wohnungswirtschaft, Mieterverbänden und der Politik zeigen: Gemeinsam lässt sich einiges bewegen. Beispielhaft stellen wir auf den folgenden drei Seiten drei Vernetzungen vor.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum in Kiel, das seit Herbst 2016 besteht, richtet sich an die Politik auf kommunaler und Landesebene und setzt sich dafür ein, mit bezahlbarem Wohnraum allen, auch benachteiligten Gruppierungen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Wichtigstes Ziel des Bündnisses: Mit Wohnraum soll nicht spekuliert werden!

Um 20 Prozent stiegen die Mieten in Kiel in einfacher Lage zwischen 2014 und 2016. Immer mehr Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen können sich ihre Wohnung nicht mehr leisten und werden aus ihren Sozialräumen verdrängt. Alleinerziehende, Menschen, die überschuldet sind, Menschen mit Behinderung oder Migrationshintergrund, Studierende und Auszubildende oder Wohnungslose haben so gut wie keine Chancen auf

dem Wohnungsmarkt. Mit allen sozialen Folgen. Hier will das Bündnis gegensteuern.

Bündnis für bezahlbaren Wohnraum in Kiel

Arbeit auf zwei Ebenen

Zu seinen Unterstützerinnen und Unterstützern gehören Interessenvertretungen wie der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, das Frauenhaus Kiel, der Verband alleinerziehender Mütter und Väter Schleswig-Holstein und der Allgemeine Studierendenausschuss der Universität Kiel. Auch Parteiorganisationen, ver.di Kiel-Plön, Attac Kiel und der Paritätische Schleswig-Holstein sind dabei,

ebenso wie immer mehr Mitgliedsorganisationen des Paritätischen. In der Geschäftsstelle des Landesverbands in der Kieler Innenstadt trifft man sich alle vier bis sechs Wochen und plant die nächsten Schritte. Jan Dreckmann, der die Stabsstelle Sozialpolitik & Kommunikation beim Paritätischen Landesverband Schleswig-Holstein koordiniert, erklärt, das Bündnis arbeite immer auf zwei Ebenen:

„Mittel- und langfristig sprechen wir den Wohnungsbau und die Politik auf strukturelle Veränderungen an. Kurzfristig machen wir auf Notlagen aufmerksam und versuchen, pragmatische Lösungen zu finden.“

Expertise des Bündnisses ist gefragt

Selbstverständlich gehört Trommeln zum Handwerk. Die Kieler Bürgerfragestunde nutzt das Bündnis, um öffent-



Foto: Jens Kramer



Richtfest im noblen Kieler Schlosspark-Quartier – das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum erinnert daran, dass es viele Menschen gibt, die dort auch gerne wohnen würden, es sich aber nicht leisten können. Rechtes Foto: Jan Dreckmann vom Paritätischen Schleswig-Holstein.

lich immer wieder unangenehme Fragen zu stellen. Im vorigen Sommer, als Richtfest im noblen Schlosspark-Quartier in der Kieler Eggerstedtstraße gefeiert wurde, rief das Bündnis zu einer Kundgebung auf unter dem Motto: „Hier würden wir auch gerne wohnen“. Entsprechende Berichterstattung folgte. Jan Dreckmann: „Wir sind da, wo es weh tut.“ Dreckmann ist auch gefragter Experte in Sachen bezahlbarer Wohnraum beim Norddeutschen Rundfunk, seine Mitstreiter und er sorgen dafür, dass das Thema präsent ist und bleibt. Doch nicht nur in den Medien, auch in der Politik selbst gilt der Rat des Bündnisses. Einladungen in Fachbeiräte und kommunale Gremien zeigen, wie sehr die Problematik bezahlbaren Wohnraums den Kommunen unter den Nägeln brennt und dass Expertise not tut. „Die Politik weicht dem Thema nicht mehr aus“, so Jan Dreckmann.

Forderungen des Bündnisses

Die Chance, bei der Politik auf offenere Ohren zu stoßen und wenn möglich mehr zu bewirken als zu anderen Zeiten, wollen der Paritätische Schleswig-Holstein und das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum angesichts der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein im Mai 2018 nicht verstreichen lassen. Zumal in Schleswig-Holstein Ende 2018 die Mietpreisbindung für weitere 50.000 Wohnungen auslaufen wird. Zentrale Forderungen auf Landesebene sind öffentliches Bauland an öffentlichen Wohnungsbau zu binden, den öffentlichen Wohnungsbau generell zu forcieren sowie die Mietpreisbremse zu verschärfen. Leerstände sollen gemeldet und sanktioniert werden. Der Verlust von Wohnraum aufgrund von Zwangsräumungen, die oft Obdachlosigkeit zur Folge haben, soll erschwert werden. Die Unterstützung finanziell klammer Kommunen, die eine Wohnungsbaugesellschaft gründen wollen, gehört ebenso in den Forderungskatalog wie Hilfen beim Bau von Wohnheimen für Studierende und Auszubildende.

Margit Schlesinger-Stoll

Kontakt: Der Paritätische

Schleswig-Holstein

Jan Dreckmann, Tel.: 0431/5602- 13

E-Mail: dreckmann@paritaet-sh.org

Netzwerk Mieten & Wohnen: Neue Wege in der Mieten- und Wohnungspolitik konzipieren

Als offene, bundesweit agierende Diskussionsplattform zur Erarbeitung von Alternativen in der Mieten- und Wohnungspolitik versteht sich das Netzwerk Mieten & Wohnen. Ihm gehören Mietervereine aus Berlin, Hamburg, Dortmund, Essen, Bochum, Frankfurt am Main und Nürnberg an, ebenso ein Anwaltsverein, eine Stiftung sowie inzwischen auch der Paritätische Gesamtverband. Viele Einzelpersonen engagieren sich ebenfalls. Gemeinsam kämpfen sie gegen fortwährende Verschlechterungen auf dem Wohnungsmarkt.

Mietrecht neu denken

Ziel des Netzwerks ist es, über das, was tagespolitisch hochkocht, hinauszugehen und systematisch neue Wege in der Mieten- und Wohnungspolitik zu konzipieren. Diese Alternativen sollen öffentlich diskutiert und in politische Forderungen und Aktivitäten umgesetzt werden. Da seitens der Politik die Idee einer Versorgung breiter Bevölkerungskreise mit bezahlbarem und lebenswertem Wohnraum zugunsten einer überwiegend marktorientierten Versorgung vernachlässigt wird, will das Bündnis auf mehreren Ebenen gegensteuern. Zudem gibt es die Arbeitskreise „Mietrecht neu denken“ und „Neue Wohnungsgemeinnützigkeit“.

Nebenkosten – die zweite Miete

Bisher hat das Netzwerk zwei Konferenzen veranstaltet. Die erste Konferenz 2015 in Hamburg beschäftigte sich mit verschiedenen Vorstellungen für lebenswertes und bezahlbares Wohnen und gab Anstöße für die Vernetzung wohnungspolitisch aktiver Akteure und Institutionen in ganz Deutschland. In Berlin wurde 2016 während der zweiten Konferenz sehr konkret über bezahlbaren Neubau

und Stadtentwicklung sowie über „die zweite Miete“ (Nebenkosten) und wie sie verbraucher- und preisfreundlich organisiert werden könnte, diskutiert. Am 23. und 24. Februar 2018 findet in Bochum die dritte Konferenz des Netzwerks Mieten & Wohnen statt. Erstes Schwerpunktthema ist dieses Mal „Wohnen für alle“, bei dem sich der Paritätische Wohlfahrtsverband besonders einbringt. Hier werden die Bedarfe von Menschen in besonderen Lebenslagen fokussiert und nach Wegen gesucht, ihre Wohnraumversorgung zu verbessern.

Menschen mit besonderen Bedarfen

Weitere Schwerpunkte sind „Regionale und soziale Differenzierung des Mietrechts sowie „Stadtentwicklung: Boden und Urbane Gebiete“. Die Workshops werden die Themen bezahlbaren Wohnraum, Barrieren der Wohnungssuche für Menschen in besonderen Lebenslagen, Wohnungspolitik als Bestandteil staatlicher Daseinsfürsorge und Schaffung besserer Chancen für Menschen mit besonderen Bedarfen am Wohnungsmarkt aufgreifen.

Martin Krämer, Netzwerkkoordinator seitens des Verbandes, ist sich sicher: „Die Expertise des Paritätischen bringt einen entscheidenden Mehrwert in das Netzwerk ein. Denn wir konzentrieren uns auf diejenigen, die Unterstützung am dringendsten nötig haben.“

Nähere Informationen zum

Netzwerk gibt es auf www.netzwerk-mieten-wohnen.de.

Ansprechpartnerin beim

Paritätischen Gesamtverband ist Jennifer Puls,

Referentin für fachpolitische

Grundsatzfragen,

Tel.: 030/24636-338,

E-Mail: grundsatz@paritaet.org.

MST

Wohnen im Alter – vom Modell zur Normalität

Exempel zeigen, wie neue Wohnformen im Alter aussehen könnten: Generationenübergreifende Wohnprojekte, Pflegewohngemeinschaften, Betreutes Wohnen und Versorgungsmodelle innerhalb von Wohnquartieren weisen den Weg. Dafür, dass solche Beispiele ihren Modellcharakter verlieren und möglichst bald Normalität werden, setzt sich eine Kooperation in Nordrhein-Westfalen ein, der der Verband der Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen (VdW), der Deutsche Mieterbund NRW und der Paritätische Wohlfahrtsverband NRW angehören.

In der sogenannten „Dortmunder Erklärung“ verpflichtete sich der Zusammenschluss bereits im Jahr 2006, verstärkt innovative und nutzerfreundliche Wohnmodelle für ältere Menschen zu entwickeln. Das Bau- und Verkehrsministerium NRW wurde aufgefordert, Fördermöglichkeiten auszubauen, langfristig zu sichern und sie mit anderen Förderungen stärker zu vernetzen. Erklärtes Ziel war es, unterstützt von Kommunen und Kreisen in NRW, eine altersgerechte Stadtentwicklung voranzutreiben und damit den demografischen Wandel konstruktiv mitzugestalten.

Seitdem ist viel passiert. „Die Brisanz der Lage ist erkannt. In Nordrhein-Westfalen“, so Franz Schumacher, Fachreferent Ambulante pflegerische Dienste des Paritätischen Landesverbands, „geht der Wohnungsbau für ältere Menschen in die richtige Richtung.“ Das Wohnungsbauministerium fördere regelmäßige Projekte, und das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe mit der Übernahme des Wohn- und Teilhabegesetzes in Landesrecht Rechtssicherheit geschaffen.

Rund 20 Projekte realisiert

Etwa 20 gemeinsame Projekte von Wohnungswirtschaft und Paritätischen Mitgliedsorganisationen konnten in den letzten zehn Jahren realisiert werden, darunter etliche ambulant betreute Wohngemeinschaften für ältere Menschen sowie Projekte mit generationenübergreifendem Wohnen. Die Zusammenarbeit zwischen Wohnungsbaunternahmen und Sozialverbänden

ist nicht nur häufiger, sondern selbstverständlicher geworden, „die Denke ist heute eine andere“, so Schumacher.

Fünf große gemeinsame Veranstaltungen der drei Akteure, von denen drei landesweit und zwei regional ausgerichtet waren, haben ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass neue Wohnformen eine Chance darstellen, zumal sie mehr und mehr von älteren Menschen gewünscht werden. Auch Vorträge bei Wohnungsbaunternahmen, meist von diesen angefragt, tragen Früchte. Wenn heute ein Wohnungsbaunehmen neue Projekte plant, fragt es oft von sich aus bei den Sozialverbänden nach Anregungen zu altersgerechtem Wohnen an, umgekehrt findet der Paritätische ein offenes Ohr bei Wohnungsunternehmen, wenn er eigene Projekte entwickelt. Die Hard- und Software werden sozusagen aufeinander abgestimmt.

Starke Partner

Mit dem VdW Rheinland Westfalen und dem Deutschen Mieterbund NRW hat der Paritätische Landesverband Partner gefunden, die die Interessen großer Teile der Bevölkerung vertreten. Im bevölkerungsreichsten Bundesland sind 1,2 Millionen Wohnungen in den Beständen des VdW, circa ein Fünftel der Einwohner Nordrhein-Westfalens lebt in diesen Wohnungen. Der größte Landesverband des Deutschen Mieterbundes, der 300.000 Miethaushalte vertritt, ist ebenfalls im Boot. Zentrale Positionen hinsichtlich der Wohnungsbauentwicklung gerade für ältere Menschen stimmen bei den drei Partnern überein.

Der Paritätische NRW ist mit seinem Know-how seinerseits ein wertvoller Partner in der Kooperation. Die Sicherstellung einer passgenauen ambulanten Versorgung mit Betreuungs-, Unterstützungs- und Pflegeleistungen garantiert den Verbleib älterer Menschen in ihrem angestammten Quartier. „Die Ehrenfelder“ beispielsweise, eine gemeinnützige Kölner Wohnungsgenossenschaft, haben mit Hilfe von Mitgliedern des Paritätischen NRW ein generationenübergreifendes Wohnprojekt mit integrierter Pflege-Wohngemeinschaft und angeschlossenem Nachbarschaftstreff realisiert. Die Essener Allbau, Mitglied des VdW, plant gerade mit der Familien- und Krankenpflege Essen, einer Mitgliedsorganisation des Paritätischen NRW, mehrere Wohngemeinschaften für Senioren, außerdem eine Tagespflege. Wünschenswert ist, da sind sich die drei Kooperationspartner einig, dass die Konzepte zur Quartiersentwicklung von vornherein noch umfassender die Bedarfe älterer Menschen berücksichtigen und einbeziehen. Denn Wohnen im Alter ist mehr als der Verbleib in den eigenen vier Wänden – zum altersgerechten Wohnen gehören die Infrastruktur, das Wohnumfeld, die Nachbarschaft und Hilfsangebote untrennbar dazu.

Margit Schlesinger-Stoll

Der Paritätische NRW
Franz Schumacher
Tel.: 0221/951542-22
www.paritaet-nrw.org
www.wohnen-im-alter-nrw.de

Drei Fragen an Wolfgang Lippel zum Thema Energiearmut



Es sind nicht alleine steigende Mieten, die vielen Menschen mit geringem Einkommen zu schaffen machen. Auch die Kosten bei Strom und Gas sind häufig ein Problem. Seit dem Jahr 2000 haben sich für Privathaushalte die Ausgaben für Strom beispielsweise verdoppelt. Wegen unbezahlter Rechnungen wurde 2016 jüngsten Angaben der Bundesnetzagentur zufolge rund 330.000 Haushalten in Deutschland der Strom abgestellt.

Wolfgang Lippel berät bei der Schuldnerberatung des Paritätischen in Nienburg Menschen, die von Energiearmut betroffen sind. Schon wer mehr als zehn Prozent seines Einkommens für Strom und Energie ausgeben muss, gilt als energiearm. Die Schuldnerberatung Nienburg ist Mitglied im Arbeitskreis „Stoppt Energiesperren“, in dem Beratungsdienste und Politik aus Stadt und Landkreis Nienburg/Weser sich zu diesem Thema austauschen.

„Der Anteil für Strom in den Regelsätzen entspricht nicht annähernd dem Bedarf und den heutigen Preisen.“

Herr Lippel, wann kann Mietern überhaupt der Strom gesperrt werden?

Wolfgang Lippel: Der Strom kann gesperrt werden, wenn ein Zahlungsrückstand von mindestens 100 Euro besteht. Der Stromversorger muss mahnen, zwei Wochen später darf dann der Prozess der Sperrung in Gang gesetzt werden. Es muss noch eine weitere Frist von vier Wochen seit der Sperrandrohung verbleiben. Wenn dann noch nicht gezahlt worden ist, kann der Versorger mit einer Frist von drei Tagen die Sperrung ankündigen. Wenn schon gesperrt worden ist, wird es teuer. Die Sperrung und Entsperrung können zusammen durchaus über 200 Euro kosten.

Wer ist besonders von Energiearmut betroffen?

Die Antwort ist ganz klar: einkommensarme Haushalte. Sie leben oft in Häusern und Wohnungen, die nicht oder nicht vernünftig energetisch saniert worden sind, brauchen also zum Beispiel für den Betrieb von Heizungen mehr Energie. Und diejenigen Haushalte, die von Leistungen nach SGB II (auch Hartz IV genannt) leben, haben ein weiteres Problem. Der Anteil für

Strom in ihren Regelsätzen entspricht nicht annähernd dem Bedarf und den heutigen Preisen. Sie müssen, um ihre Stromrechnungen bezahlen zu können, auf andere Dinge des täglichen Bedarfs verzichten. Der oft gehörte Vorwurf, dass Bezieher von Sozialleistungen verschwenderisch mit Strom umgehen und keinen Anreiz zum Stromsparen haben, entbehrt jeder Grundlage.

Welche Schritte fordern Sie – basierend auf den Erfahrungen aus Ihrer Beratungspraxis – von Politik und Energiewirtschaft?

Hier muss man zwischen kurz- und längerfristigen Forderungen unterscheiden. Die verpflichtende Einführung von Prepaid-Zählersystemen, bei denen mit Bargeld oder Geldkarte die Energieversorgung freigeschaltet werden kann, wäre eine schnelle Hilfe, sicherlich aber keine Lösung des Gesamtproblems.

Die Neubeschaffung von energiesparenden Geräten muss für einkommensschwache Haushalte gefördert werden. Eine Stromsperrung zum Wochenende oder vor Feiertagen ist ein absolutes No-Go. Auch müssen die Fristen für Stromsperrungen wegen Verhandlungsmöglichkeiten verlängert werden. Längerfristig müssen im SGB-II-System die Stromkosten den Kosten der Unter-

kunft zugeschlagen und aus den Regelsätzen rausgenommen werden, sie müssen generell der Realität entsprechen. Auch muss ein Rechtsanspruch auf Übernahme von Energieschulden bei Hartz IV und Sozialhilfe geschaffen werden, sowohl als Darlehen als auch als Beihilfe.

Energiesicherungsstellen müssen eingerichtet werden, die analog zur Wohnungslosigkeit bei drohender Energiesperre informiert werden. Und es müssen natürlich die Fachberatungsstellen, die bei Energiearmut und Energiesperren vor Ort beraten, gestärkt werden. Schlussendlich, wenn man die Energieversorgung als Grundrecht und als Existenzsicherung betrachtet, muss langfristig auf eine Abschaffung von vollständigen Energiesperren hingearbeitet werden. Wie genau, das wird noch eine interessante Diskussion werden.

Die Fragen stellte Ulrike Bauer

Wolfgang Lippel ist Diplom-Betriebswirt und arbeitet jetzt im 32. Jahr als Schuldnerberater beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen in Nienburg/Weser.
Tel.. 05021/9745-15
E-Mail: wolfgang.lippel@paritaetischer.de



Konzept für eine gerechte und transparente Finanzierung von Kindertageseinrichtungen

Eine Reform der Finanzierung von Kindertageseinrichtungen hat der Paritätische Gesamtverband gefordert. Diese sei dringend notwendig, um regionale Ungleichheiten zu beseitigen und sicherzustellen, dass in allen Regionen der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für jedes Kind und eine gute Qualität der Angebote realisiert werden können.

Sowohl was die quantitative Versorgung, insbesondere aber was die Qualität der Kinderbetreuung angeht, gleiche Deutschland einem Flickenteppich, sagte Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, bei der Vorstellung des Paritätischen Konzepts zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen.

Der Paritätische fordert ein Bundesgesetz, das die Länder verpflichtet, in Landesrahmenverträgen einheitliche und transparente Finanzierungsregelungen einzuführen. Über das System der Entgeltfinanzierung soll dabei – analog zur Pflegefinanzierung – eine auskömmliche Finanzierung der Leistungen besser als bisher sichergestellt werden.

„Obwohl es einen individuellen Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung gibt und der Staat in der Pflicht ist, entsprechende Angebote zu schaffen und zu finanzieren, ist die Kita-Finanzierung vielerorts nicht auskömmlich. Das muss sich ändern“, betonte Hesse. „Es kann nicht sein, dass Rechtsansprüche unterlaufen oder Angebote der Kindertagesbetreuung vielerorts nur nach Kassenlage, nicht aber nach Bedarfslage finanziert werden.“ In der Praxis würden so die intensiven Bemühungen zum Ausbau und zur Steigerung der Qualität in der Kindertagesbetreuung der vergangenen Jahre konterkariert. „Die Vielfalt regional unterschiedlicher Finanzierungsbedingungen führt dazu, dass es letztlich von der Postleitzahl abhängt, ob Kinder ein gutes Bildungs- und Betreuungsangebot erhalten oder nicht. Diese Willkür muss ein Ende haben“, so Hesse.

Planungssicherheit für Träger

Von einer einheitlichen Umstellung auf das System der Entgeltfinanzierung seien neben mehr Planungssicherheit

für die Träger auch positive Impulse für die Qualität der Angebote zu erwarten. „Statt durch Zuwendungen nach einem relativ willkürlichen und obrigkeitstaatlichen Kostenerstattungsprinzip müssen die Leistungen durch kalkulierbare und planbare Entgelte finanziert werden. Verbindliche Qualitätsvereinbarungen wären die Basis für die Finanzierung von Leistungen“, ergänzte Stefan Spieker, Vorstandsvorsitzender des gemeinnützigen Kita-Trägers Fröbel e.V. In den meisten Bundesländern seien die Zuschüsse an Kindertageseinrichtungen bisher nicht kostendeckend. Praktisch seien es vielfach Elterninitiativen oder Vereine, die die fehlenden Mittel aufwenden müssen. „Ein staatlicher Rechtsanspruch muss auch zur Gänze vom Staat getragen werden. Trägeranteile sind bei Rechtsansprüchen systemwidrig und gehören abgeschafft“, so Stefan Spieker.

Das „Konzept für ein gerechtes und transparentes Finanzierungssystem für Kindertageseinrichtungen“ steht auf www.der-paritaetische.de in der Rubrik Publikationen.

Drei Fragen an Heinz Hilgers zum Thema Kindergrundsicherung



Foto: DKSB Bundesverband e. V.

„Starke Schultern können mehr tragen als schwache“

Der Paritätische Gesamtverband ist nach einem ausführlichen Diskussionsprozess im November 2017 dem Bündnis Kindergrundsicherung beigetreten, um dessen Anliegen aktiv zu unterstützen. Das Modell des Bündnisses sieht vor, eine Kindergrundsicherung einzuführen, die sich daran orientiert, was Kinder tatsächlich für ein gutes Aufwachsen benötigen. Nach aktuellen Zah-

len leben über 2,75 Millionen Jungen und Mädchen in Deutschland in Armut. Das ist jedes fünfte Kind. Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes, kämpft in vorderster Reihe für die Kindergrundsicherung. Im Interview gibt er Auskunft über die wichtigsten Aspekte des Konzepts zur nachhaltigen Armutsbekämpfung bei Kindern.

Herr Hilgers: Wie hoch soll die Kindergrundsicherung sein?

Heinz Hilgers: Die Kindergrundsicherung würde zurzeit 619 Euro für jedes Kind betragen. Dieser Betrag soll mit steigendem Familieneinkommen aber sinken. Unser Prinzip lautet: Je niedriger das Familieneinkommen, desto höher die Kindergrundsicherung. Davon profitieren insbesondere Kinder von Alleinerziehenden sowie Familien mit mehreren Kindern. Beide Gruppen sind überproportional stark von Armut betroffen.

Wie kommt dieser Betrag zustande?

Wir stützen uns auf das verfassungsrechtlich festgestellte notwendige Existenzminimum, das die Bundesregierung alle zwei Jahre veröffentlicht. Es besteht derzeit aus dem sächlichen

Existenzminimum von 399 Euro. Das ist schonmal deutlich mehr, als der kleingerechnete Regelsatz beim Sozialgeld für Kinder, der beispielsweise mit 240 Euro für Kinder unter sechs Jahren bei Weitem nicht reicht, um ein Kind mit dem Nötigsten zu versorgen. Gut- und Spitzenverdiener profitieren dagegen mit steigendem Einkommen von den steuerlichen Kinderfreibeträgen mit bis zu 290 Euro. Wir sagen: Das System muss genau andersherum aufgebaut sein: Denn starke Schultern können ja mehr tragen als schwache. Zum Grundbetrag hinzu rechnen wir den Betrag für Bildung und Teilhabe in Höhe von 220 Euro – auch wenn der ebenfalls ziemlich willkürlich und keinesfalls realistisch bemessen worden ist. Die Gesamtsumme sollte als Kindergrundsicherung automatisch gewährt werden – ohne Antrag. Separate Leistungen wie Kindergeld, Kinderzuschlag Kinderfrei-

betrag, Sozialgeld oder Unterhaltsvorschuss gehen in der neuen Leistung auf.

Kritiker sagen: nicht finanzierbar. Was kostet es, Ihren Vorschlag zu realisieren?

Wir gehen von 17 Milliarden Euro zusätzlich aus. Aber davon muss man die Einsparungen abziehen, da unnötige Bürokratiekosten entfallen, weil die vielen Einzelleistungen, die bisher gezahlt werden, in der Kindergrundsicherung enthalten sind. Außerdem fallen viele Folgekosten weg, die heute durch Kinderarmut verursacht werden.

www.kinderarmut-hat-folgen.de

Heinz Hilgers ist seit 1993 Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e. V.
10963 Berlin, Tel.: 030/214809-0
E-Mail: info@dksb.de, www.dksb.de

In einem offenen Brief an die Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) hat der Paritätische Gesamtverband die mangelnde Rechtssicherheit für ausbildungsbereite Betriebe und junge Geflüchtete kritisiert, die in Deutschland einen Ausbildungsplatz in Aussicht haben. Die 2016 geschaffene Duldungsregelung sei unzureichend und werde in der Praxis zu restriktiv gehandhabt.

Restriktive Praxis bei Ausbildungsduldung

Nach wie vor komme es häufig zu Ablehnungen und sogar Abschiebungen während bereits begonnener Ausbildungen. Der Paritätische fordert umfassende Korrekturen der gesetzlichen Regelung sowie der Erteilungspraxis.

„Es kann nicht sein, dass ausgerechnet den jungen Menschen, die sich selbst um einen Ausbildungsplatz bemüht haben und die hier bleiben wollen, durch restriktives Vorgehen der Behörden Perspektiven verbaut und immer wieder neue Steine in den Weg gelegt werden“, so Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen.

Teilhabe an Arbeit für alle

Das Bundesteilhabegesetz bietet neue Möglichkeiten zur Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderung. Gleichzeitig besteht aber auch die Gefahr, dass Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf stärker benachteiligt werden.

Teilhabe am Arbeitsleben für alle – Bekannte und neue Angebote im Bundesteilhabegesetz – unter diesem Titel informierte der Paritätische Gesamtverband bei einem Fachtag in Berlin über wichtige neue Regelungen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) und ermöglichte den über 100 Teilnehmenden einen Erfahrungsaustausch hinsichtlich der Umsetzungsaktivitäten auf Bundes- und Länderebene. Schwerpunkte waren die Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfbM), die anderen Leistungsanbieter, die Beschäftigungs- und Tagesförderstätten, das Fachausschuss- und Gesamtplanverfahren sowie das Budget für Arbeit. Nach einer Einleitung von Claudia Scheytt, Fachreferentin für Behinderten- und Psychiatriepolitik beim Paritätischen Gesamtverband, vertiefte Dr. Peter Mozet vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die Informationen zum BTHG, indem er konkret die neuen Regelungen zur Teil-

habe am Arbeitsleben vorstellte und Möglichkeiten der Umsetzung aufzeigte. Jens Nitschke von der Bundesagentur für Arbeit (BA) stellte die aktuellen Überlegungen der BA zur Umsetzung der Regelungen für Alternative Anbieter und für das Teilhabeplanverfahren vor. Marco Winzer als Vertreter der BAG der überörtlichen Sozialhilfeträger (BAGüS) erläuterte in seinem Beitrag Überlegungen und den Diskussionsstand der BAGüS zur Teilhabe am Arbeitsleben.

Positives und Kritikpunkte

In Arbeitsgruppen wurde die Fragestellung „Was braucht es für die spezifischen Angebote?“ mit Expert/-innen und Praxisvertreter/-innen beraten. Festgestellt wurde dabei unter anderem, dass andere Anbieter helfen könnten, das vorhandene Angebot sinnvoll zu erweitern, etwa, wenn spezielle Zielgruppen, wie Autisten ein neues Angebot bekommen, um betriebsintegrierte Arbeitsplätze und an-

dere Formen ein inklusives Arbeiten aufzubauen, oder Förderschüler/-innen am Übergang Schule-Beruf Alternativen zur WfbM zu eröffnen. Auch Träger von Werkstätten für Menschen mit Behinderung prüften derzeit, derartige Angebote selbst oder in Kooperation mit anderen Trägern zu schaffen.

Gewarnt wurde vor der Gefahr, dass für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf künftig weniger Möglichkeiten zur Beschäftigung bestehen. Das BTHG trage zur Ausgrenzung dieser Personenkreise aus der Teilhabe an Arbeit bei, weil es auf den Arbeitsmarkt und die Werkstattfähigkeit der Menschen mit Behinderung fokussiere. Gefordert wurden unter anderem eine freie Wahlmöglichkeit zwischen allen Angeboten und der Erhalt niedrigschwelliger Beschäftigungsangebote wie zum Beispiel der Zuverdienst für psychisch kranke Menschen.

Eine Dokumentation der Tagung finden Interessierte auf www.der-paritaetische.de.

Der Paritätische begleitet die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes mit Internetpräsenz

Auf der Homepage des Paritätischen Gesamtverbandes sind ab sofort unter dem Stichwort „Schwerpunkte“ Informationen zum Bundesteilhabegesetz zu finden.

2016 wurde das Bundesteilhabegesetz (BTHG) beschlossen. Es soll die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung verbessern und die bereits seit 2009 für Deutschland verbindlich geltende UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen. Mit dem Gesetz wurde die Abkehr vom bisherigen „Fürsorgesystem“ hin zu einem „modernen Teilhaberecht“ versprochen. Diese Versprechen wurden jedoch nur ansatzweise erreicht. Das neue Gesetz bringt zwar in manchen Bereichen Verbesserungen, gleichzeitig schränkt es aber die

Rechte von Menschen mit Behinderung ein und erfüllt die Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention nach Auffassung des Paritätischen nur in Ansätzen. Der Verband fordert daher von der nächsten Bundesregierung, Selbstbestimmung und Teilhabe im Sinne der Leitgedanken der UN-Behindertenrechtskonvention umfassend weiterzuentwickeln.

Der Paritätische begleitet die Umsetzung des Gesetzes auf der Internetseite www.der-paritaetische.de/schwerpunkte/bundesteilhabegesetz/. Dort informiert er über aktuelle Entwicklungen, Änderungen und Beispiele aus der Praxis. Es werden auch Entwicklungen auf der Landesebene dokumentiert und so Vergleichsmöglichkeiten eröffnet.

Dokumentation

Demokratie stärken

Was ist nötig, um die Demokratie weltweit zu stärken und nachhaltige Entwicklung zu verwirklichen? Dies war Thema einer Veranstaltung im September in Berlin, getragen von zwölf Verbänden und Netzwerken aus den Bereichen Entwicklung, Umwelt, Wohlfahrt, Frieden und Menschenrechte, darunter auch der Paritätische Gesamtverband. Die Dokumentation der Tagung „Nachhaltige Entwicklung braucht Demokratie“ liegt jetzt vor. Sie ist zu finden in den Fachinformationen des Paritätischen auf www.der-paritaetische.de unter den Stichworten Humanitäre Auslandshilfe/Internationales, Zivilgesellschaft.

„Europa ist sozialpolitisch tief zerrissen“

Sparpolitik hat Armut und Ausgrenzung verstärkt

Europatagung des Paritätischen als Auftakt für eine intensive Debatte

Die europäische Sparpolitik in der Finanz- und Wirtschaftskrise hat Armut und Ausgrenzung vergrößert. Die jüngst von der Europäischen Union beschlossene Europäische Säule sozialer Rechte setzt dem nur ein Bekenntnis zum Sozialen bei ansonsten unveränderten Wettbewerbsbedingungen entgegen.“ Mit dieser These eröffnete Professor Dr. Rolf Rosenbrock die Paritätische Europatagung 2017. Der Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbands umriss damit die lebhafteste Debatte um die Zukunft des Sozialen in Europa, die den Tag prägen sollte: Können wir von sozialpolitischen Initiativen ohne rechtliche Bindung einen Fortschritt für die soziale Situation der Menschen in Europa erwarten, wenn zugleich die fiskalpolitischen Sparauflagen in vielen Ländern einen dramatischen Abbau im Sozialbereich erzwingen?

Es mangelt an Akteuren für eine solidarische Politik

Deutlich wurde, dass es in Europa aktuell an Akteuren für eine solidarische Politik mangelt. Professor Dr. Björn Hacker von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin zeigte die fehlende Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten an zahlreichen Beispielen auf, an den Schwierigkeiten einer gemeinsamen Asylpolitik genauso wie am europäischen Steuerwettbewerb oder an den Widerständen gegen eine andere europäische Fiskal- und Wirtschaftspolitik. Dies sei besonders bedauerlich angesichts der sozialpolitischen Zwickmühle, in der die Mitgliedsstaaten der EU steckten. Einerseits setze die herrschende wirtschaftsliberale Schlagseite der EU die Sozialpolitik der Mitgliedsstaaten durch die Freiheit des Kapitalverkehrs, Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs oder den lohnpolitischen Wettbewerb in



Professor Dr. Rolf Rosenbrock: Der Paritätische mischt sich kraftvoll in europapolitische Fragen ein.

der Eurozone unter Druck. Auf der anderen Seite sei die EU in ihrer Fähigkeit, sozialpolitisch zu intervenieren, streng begrenzt. Am deutlichsten zeige sich diese Unausgewogenheit am Beispiel des Fiskalpaktes, der die Länder der Eurozone zu strenger Haushaltsdisziplin verpflichtet. Ein entsprechendes sozialpolitisches Pendant („Sozialpakt“), das Regierungen zu einer angemessenen Sozialpolitik anhält, gibt es dagegen nicht.

Die Europäische Säule sozialer Rechte kritisch gesehen

Wie ist vor diesem Hintergrund nun die Europäische Säule sozialer Rechte zu bewerten? Dr. Anne Karrass vom ver.di Verbindungsbüro bei der Europäischen Union wies darauf hin, dass die 20 Ziele der Säule – von der Mindestsicherung über die Inklusion von Menschen mit Behinderung bis zur Gleichstellung der Geschlechter – durchaus unterstützenswert seien. Allerdings seien sie rechtlich nicht unterfüttert. Vielmehr würde die EU das Erreichen dieser Ziele in vielen Bereichen durch ihr Handeln konterkarieren. Aus ihrer Sicht sei die Europäische Säule sozialer Rechte deshalb nicht mehr als eine

Spielwiese für die Befürworter eines sozialen Europas.

Eine deutlich positivere Einschätzung traf Professor Dr. Bernd Schlüter, Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, der die politische Verbindlichkeit der Säule als einen ersten Schritt hin zu einer rechtlichen Verbindlichkeit bezeichnete. Schrittweise vorzugehen halte er für erfolgversprechender als mittelfristige Ziele zu formulieren. Demgegenüber wies Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, darauf hin, dass Europa aktuell „sozialpolitisch tief zerrissen“ sei; mit zahnlosen sozialpolitischen Initiativen sei ihm nicht geholfen. Die katastrophale Situation vieler Menschen in Griechenland, Spanien oder Portugal könne nicht alleine durch eine stärkere europäische Sozialpolitik verbessert werden. Vielmehr brauche es in Europa auch ein anderes wirtschaftspolitisches Paradigma.

Zum Abschluss der Tagung schwenkte der Fokus zum Tagesgeschehen und dem europäischen Gemeinnützigkeits- und Wettbewerbsrecht. Micha Sygusch vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie präsentierte aktuelle Entwicklungen in diesem Bereich, bevor Bernd Dohn als Geschäftsführer von den praktischen Erfahrungen des Deutschen Jugendherbergswerks mit einem inzwischen eingestellten Verfahren der EU-Kommission gegen die Förderung von Jugendherbergen berichtete.

Rolf Rosenbrock kündigte an, den Workshop als Startpunkt zu nehmen für eine umfassende Neupositionierung des Paritätischen in europapolitischen Fragen. Pünktlich zu den Europawahlen 2019 werde sich der Paritätische „kraftvoll in die Debatte einmischen“.

Dr. Jonas Pieper, Referent für übergreifende Fachfragen beim Paritätischen Gesamtverband

Paritätische Jahreskampagne 2018: MENSCH, DU HAST RECHT!

Am 10. Dezember 2018 feiert die Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 70. Jahrestag. Der Paritätische Wohlfahrtsverband und seine Mitglieder nehmen dies zum Anlass, den gemeinsamen Kampf um die Durchsetzung, den Schutz und die Wahrung insbesondere auch sozialer Menschenrechte zum gemeinsamen Schwerpunktthema in diesem Jahr zu machen. Im Rahmen der Kampagne MENSCH, DU HAST RECHT! sind über das Jahr zahlreiche Veranstaltungen und Aktivitäten rund um die zentralen Themen Wohnen, Gesundheit, Bildung, Selbstbestimmung, Teilhabe und Schutz geplant.



Als zentrale gemeinsame Veranstaltung auf Bundesebene findet am 19. und 20. April 2018 im Anschluss an die Mitgliederversammlung des Gesamtverbands ein Paritätischer Verbandstag zum Thema Menschenrechte in Potsdam statt. Neben Fachvorträgen und Denkanstößen aus der Praxis wollen wir in insgesamt über 20 themenspezifischen Workshops Fragen des Schutzes und des Ausbaus der Menschenrechte in Deutschland diskutieren.

Vielfältiges Themenspektrum

Das Themenspektrum ist dabei vielfältig wie der Verband: Es geht um Frauenrechte und die Menschenrechtssituation intergeschlechtlicher Menschen, um das Recht auf Diskriminierungsschutz und das Recht auf Selbstbestimmung in Abhängigkeitsverhältnissen, um das Recht auf Teilhabe an Erwerbsarbeit für Langzeitarbeitslose und das Recht auf politische Partizipation von benachteiligten Gruppen. Es wird Workshops zum Thema „Teilhabe und Digitalisierung“, „Men-

schenrechte in der Psychiatrie“ und „Barrierefreie Kommunikation“ geben, verschiedene Angebote zum Recht auf Wohnen und auf Gesundheit. Ein weiterer Fokus wird auf dem Recht auf Asyl und Schutz vor Verfolgung liegen sowie auf der Frage nach der Umsetzung sozialer Rechte in Abhängigkeit von Aufenthaltsstatus beziehungsweise Staatsangehörigkeit.

Im Rahmen eines „Ideenforums“ werden darüber hinaus Mitgliedsorganisationen und Bündnispartner konkrete Projekte, eigene Kampagnen und Materialien ihrer menschenrechtsorientierten Arbeit vorstellen. Details und Anmeldung unter: www.der-paritaetische.de im Bereich Veranstaltungen.

Mitmachen und mitgestalten!

Alle Paritätischen Mitgliedsorganisationen sind herzlich eingeladen, sich einzu-

bringen und die Kampagne mitzugestalten – sei es beispielsweise durch einen Beitrag für unseren Menschenrechts-Blog zur Kampagne oder mit eigenen Veranstaltungen oder Aktionen. Konkrete Anlässe, um men-

schenrechtspolitische Forderungen zu artikulieren und auch auf lokaler Ebene konkrete Aktionen zu organisieren, finden sich sicher viele.

Spätestens der 10. Dezember 2018, an dem die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 70-jähriges Jubiläum feiert, bietet sich für Aktionen vor Ort an, zum Beispiel einen Tag der offenen Tür, einen Film- und Informationsabend oder ein gemeinsames Protestbild.

10.000 Inseln der Menschenrechte

Lassen Sie uns 2018 gemeinsam „10.000 Inseln der Menschenrechte“ bilden, uns vernetzen und dabei Ideen und Beispiele aus der Praxis sammeln, gemeinsam diskutieren und unsere Forderungen zusammentragen.

Internetpräsenz

Auf www.mensch-du-hast-recht.de finden Interessierte aktuelle Informationen, Anregungen und Kampagnenmaterialien. Es besteht zudem die Möglichkeit, einen Newsletter zu abonnieren, um über das Jahr hinweg stets aktuell auf dem Laufenden zu bleiben.

*

Bei Fragen und Anregungen wenden Sie sich gerne an Christian Weßling, zivilgesellschaft@paritaet.org
Tel.: 030/24636-346. Gwendolyn Stilling

Save the Date:
Paritätischer
Verbandstag am
19. und 20. April 2018
in Potsdam

ZEIG WAS DU DRAUF HAST!



Wohlfahrtsmarken helfen.



Bundesarbeitsgemeinschaft
der Freien
Wohlfahrtspflege

www.wohlfahrtsmarken.de



Mitgliedschaft, die sich lohnt

Günstige Konditionen und eine einfache Abwicklung beim Einkauf ermöglichen mehr als 160 Rahmenvertragspartner den Mitgliedern des Paritätischen.



Junge Leute informieren sich zum Thema Ausbildung meist über ihr Smartphone. Doch nur wenige Unternehmen bieten die Möglichkeit der mobilen Bewerbung. Um Unternehmen und angehende Auszubildende zusammenzubringen, hat meinestadt.de die TalentHero-App entwickelt.

*

Die Unternehmensgruppe **AIDA ORGA** entwickelt Software sowie stationäre und mobile Lösungen für Zeiterfassung, Personaleinsatzplanung, Zutrittskontrolle und Videoüberwachung – speziell für Verwaltungen und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege. AIDA unterstützt die Personalverwaltung durch elektronische Abbildung der Arbeitszeit, Urlaubs- und Krankheitsverwaltung, Berücksichtigung tariflicher und betrieblicher Regelungen sowie komfortabler Lohnübergabe und der Personaleinsatzplanung mit Berücksichtigung von Qualifikationen. Mit dem Web-Selfservice von AIDA nutzen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Leitungsebene das Auskunftportal sowie das papierlose Antrags- und Genehmigungswesen.

*

Eine wichtige Grundlage für sichere und gesunde Arbeitsplätze ist eine gut funktionierende innerbetriebliche Arbeitsschutzorganisation. Über eine internetbasierte Datenbank stellt economied diese Organisation zur Verfügung. economied unterstützt die betrieblichen Akteure und stellt Spezialisten (Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Betriebsärzte, Hygienefachkräfte, Betriebsmittelprüfer etc.) Durch Abschluss des Rahmenvertrages erhalten Mitglieder des Paritätischen Sonderkonditionen.

Nähere Informationen zu den Rahmenverträgen erhalten Interessierte bei Karsten Härle und Rebecca Neuparth, E-Mail: einkauf@paritaet.org, Tel.: 030/24636471.

Aus den Landesverbänden

Bettina Prott ist neue Verbandsratsvorsitzende des Paritätischen Hamburg. Die Juristin war Abteilungsleiterin in der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration und ist auch stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Stiftung Wohnbrücke. Bettina Prott folgt auf Dr. Wilma Simon, die nicht mehr kandidierte. Simon war seit 2005 Mitglied des Verbandsrats und seit 2008 Vorsitzende.



*

Gaby Schäfer ist neue Vorsitzende des Paritätischen Landesverbands Rheinland-Pfalz/Saarland. Die frühere Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland ist Nachfolgerin von Professor Reiner Feth. Dieser gab nach 20 Jahren den Vorsitz ab und ist jetzt gemeinsam mit Wilbert Peifer als Stellvertreter in der Verantwortung.



*

Ursula Schele, Leiterin von „Petze – Prävention von sexualisierter Gewalt und sexuellem Missbrauch“ und Geschäftsführerin des Petze-Instituts in Kiel, steht jetzt an der Spitze des Verbandsrats des Paritätischen Landesverbands Schleswig-Holstein. Die neue Verbandsratsvorsitzende hat sich zuvor bereits zwei Jahrzehnte im Verbandsrat engagiert. Sie hat im Vorstand zwei Kolleginnen zur Seite: Prof. Dr. Melanie Groß (Fachhochschule Kiel) und Dr. Michaela Oesser (ADS Grenzfriedensbund Flensburg). Der bisherige Vorsitzende Klaus Mageschning (Geschäftsführer der Brücke Rendsburg-Eckernförde) ist nach 23 Jahren aus dem Vorstand ausgeschieden.



In eigener Sache

Stabwechsel in der Redaktion des Paritätischen Verbandsmagazins: Fast 20 Jahre hat Ulrike Bauer Reportagen und Nachrichten geschrieben, fotografiert, die Magazinplanung gemacht, layoutet und Texte von freien Mitarbeiterinnen und Mitar-



beitern redigiert – mit viel Freude und Interesse am breiten Spektrum des Verbandslebens. Diese Ausgabe ist ihre Letzte. Den Abschied verbindet die 55-Jährige, die als freie Journalistin auch künftig im Bereich der Wohlfahrtspflege tätig ist, mit einem großen Dank an alle, die in den vielen Jahren mitgeholfen haben, dass pünktlich zum Redaktionsschluss alle zwei Monate ein neues Heft fertig wurde: „Ohne

die tolle Unterstützung aus den Mitgliedsorganisationen wäre all das nicht möglich gewesen. Denn das Magazin lebt von der vielfältigen Praxis.“

*

Von Januar an wird das Magazin „Der Paritätische“ produziert in Verantwortung von Gwendolyn Stilling, Leiterin des Stabsbereichs Presse, Redaktion und Kampagnen, sowie von Philipp Meinert (Kontakt: redaktion@paritaet.org).

„Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung“

Neues Projekt soll Kompetenz der Fachkräfte stärken

Angesichts einer erkennbaren Zunahme von Gewalt, Rechts-extremismus, Rassismus und Antisemitismus kommt der Demokratiebildung und -förderung sowie der Partizipation, im Sinne einer aktiven Beteiligung, Mitbestimmung und Teilhabe aller Bürger und Bürgerinnen an der Gestaltung unserer Gesellschaft ein besonderer Stellenwert zu. Kindertageseinrichtungen als erstes institutionelles Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebot spielen dabei eine wichtige Rolle. Hier setzt der Paritätische mit seinem Projekt „Partizipation und Demokratiebildung in der Kindertagesbetreuung – ein Beitrag zu einer pluralistischen und multiethnischen Gesellschaft“ an.

Kinder erleben in den Kindertageseinrichtungen, wie Gemeinschaft außerhalb der Familie geregelt ist, wie sie funktioniert und aktiv gestaltet werden kann. Sie erlernen und erleben, wie Entscheidungen zustande kommen, wem das Recht und die Macht zustehen sie zu treffen und welche Formen der Entscheidung und Mitbestimmung ihnen ermöglicht werden. Sie erfahren, wie Demokratie im Umgang zwischen Kindern und Erwachsenen aktiv gestaltet wird, erleben und erlernen Verfahren und Möglichkeiten sich auszutauschen, verschiedene Sichtweisen

und Perspektiven einzunehmen und sich selbst eine Meinung zu bilden. Partizipation wird dabei als das demokratische Recht von Kindern verstanden, in allen sie betreffenden Angelegenheiten selbst entscheiden oder mitentscheiden zu können. Dafür ist eine strukturelle Verankerung von Partizipationsrechten (über Kinderparlament,

Im Paritätischen gibt es rund 5.000 Kindertageseinrichtungen. In ihnen betreuen mehr als 52.000 Fachkräfte circa 320.000 Kinder.

Kinderverfassungen usw.) ebenso bedeutsam wie die Bereitschaft und die Fähigkeit von Fachkräften, Kindern mit Respekt, Interesse und Offenheit zu begegnen und Partizipation zum integralen Bestandteil ihrer pädagogischen Arbeit zu machen.

Gemeinsam mit Kindern, Eltern und dem Sozialraum

In dem Projekt will der Paritätische die Demokratiebildung und -förderung in der pädagogischen Arbeit der Fachkräfte mit den Kindern, in der Erziehungs- und Bildungspartnerschaft mit den Eltern, in der Arbeit im Team sowie im Sozialraum aktiv fördern und unterstützen. Ziel ist, über die Stärkung und Förderung der Kompeten-

zen der Fachkräfte einen aktiven Beitrag für eine friedliche, pluralistische und multiethnische Gesellschaft in Deutschland zu leisten.

In der ersten Phase wurde in den vergangenen sechs Monaten erhoben, welche Materialien und Beispiele guter Praxis es in den Landesverbänden und Mitgliedsorganisationen zu „Demokratiebildung und Vielfalt sowie Partizipation“ bereits gibt. In der zweiten Phase werden nach einer Bedarfsermittlung bei den Trägern von Kindertageseinrichtungen und Fachkräften Materialien und Angebote wie Workshops, Arbeitshilfen und Tagungen entwickelt. Diese bauen auf den gäußerten Bedarfen auf. Bis Ende 2019 folgen dann in der dritten Phase Auswertung und Evaluation des Projektes sowie eine abschließende Fachtagung.

Der Bereich der Kindertagespflege wird im Rahmen eines Teilprojekts unter dem Dach des Paritätischen durch den Bundesverband der Kindertagespflege bearbeitet. Das Teilprojekt trägt den Namen „Demokratie und Partizipation von Anfang an: Demokratische Kultur in der Betreuung von jungen Kindern in Kindertagespflege sichern und weiterentwickeln“.

Nähere Infos gibt es bei Projektreferentin Fee Brinkmann, Tel.: 030/24636463, E-Mail: duvk@paritaet.org.

Der Paritätische Gesamtverband ist dem Veranstalterkreis des Deutschen Menschenrechts-Filmpreises beigetreten. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen: „Aufklärung und Bildungsarbeit, wie sie der Menschenrechts-Filmpreis leistet, sind wichtiger denn je. Wir erleben in der Praxis, wie Menschenrechte auch in Deutschland eingeschränkt und infrage gestellt werden: sei es bei der Einschränkung

Menschenrechts-Filmpreis:

Paritätischer gehört zum Veranstalterkreis

des Familiennachzugs für geflüchtete Menschen, bei der schlechten Versorgung Obdachloser oder aber wenn Millionen Menschen entgegen den verfassungsrechtlichen Vorgaben mit viel zu niedrigen Hartz-IV-Leistungen

abgespeist werden, die faktisch Ausgrenzung und Armut bedeuten.“ Soziale Arbeit sei für den Verband immer auch Menschenrechtsarbeit.

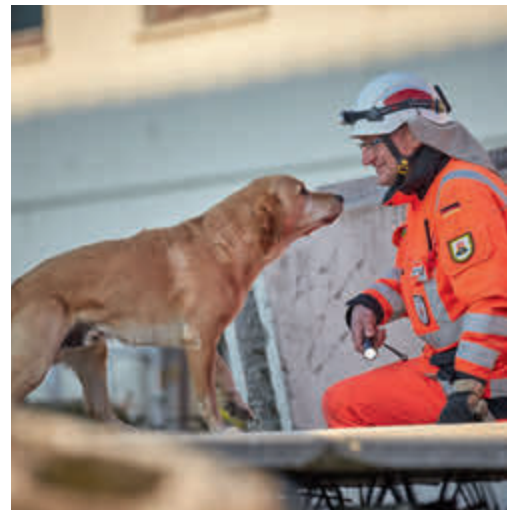
Mit dem Beitritt des Paritätischen werde die inhaltliche Expertise und öffentlichkeitswirksame Darstellung der Anliegen des Deutschen Menschenrechts-Filmpreises erweitert, erklärt Marko Junghänel, Gesamtkoordinator des Filmwettbewerbs.

>> menschenrechts-filmpreis.de



Sie sind da, wenn Hilfe gebraucht wird: Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft und Bundesverband Rettungshunde.

Fotos: ASB/S.Loos – DLRG – BRH/Sobotta



Neues Forum Rettungswesen und Katastrophenschutz

Mitgliedsorganisationen des Paritätischen spielen auch im Rettungsdienst und Katastrophenschutz im Inland eine wichtige Rolle. Drei bedeutende Akteure haben sich nun im Forum Rettungswesen und Katastrophenschutz zusammengeschlossen.

Das Forum Rettungswesen und Katastrophenschutz ist ein übergreifender organisatorischer Zusammenschluss, in dem Vertreterinnen und Vertreter des Bundesverbandes des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB), der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG) und des Bundesverbandes Rettungshunde (BRH) zusammenarbeiten. Der Paritätische Gesamtverband bildet das Dach und unterstützt die Arbeit des Forums in organisatorischer und inhaltlicher Hinsicht.

Kooperation stärken

Das Forum soll die Kooperation der überregionalen Mitgliedsorganisationen im Themenfeld Bevölkerungsschutz stärken. Dazu zählen neben der Förderung der fachlichen Zusammenarbeit insbesondere die Entwicklung von gemeinsamen Positionen zu relevanten Bereichen des Katastrophenschut-

zes und Rettungswesens sowie die Intensivierung der politischen Lobbyarbeit. Zudem sollen die Zusammenarbeit auf Bundes- und Landesebene weiterentwickelt und gestärkt sowie die Gremien des Paritätischen Gesamtverbandes auf diesem Fachgebiet inhaltlich unterstützt werden.

Besonders schutzbedürftige Menschen im Blick

Zu den Inhalten des neuen Forums zählen unter anderem Fragen des Schutzes und der Hilfe für die Bevölkerung im Katastrophenfall wie beispielsweise bei Hochwasser, Stromausfällen und Unwetterkatastrophen sowie Terrorgefahren. Dabei sollen insbesondere auch besonders schutzbedürftige Personengruppen wie Kinder, pflegebedürftige Menschen und Menschen mit Behinderung stärker in den Blick genommen werden. Zudem engagiert sich das Forum dafür, die Erste Hilfe-Kompeten-

zen bei Erzieherinnen und Erziehern sowie Pflegefachkräften zu verbessern. Dem Forum Rettungswesen und Katastrophenschutz können alle bundesweit tätigen Verbände beitreten, sofern diese Mitglied des Paritätischen Gesamtverbandes sind und deren satzungsgemäße Aufgabe die Koordination und Durchführung von Hilfsmaßnahmen bei Not-, Unglücks- und Katastrophenfällen innerhalb der Bundesrepublik ist.

Zu seinem Sprecher wählte das Forum Michael Schnatz, Referatsleiter beim ASB-Bundesverband, stellvertretender Sprecher ist Andreas Dohm, Referatsleiter beim DLRG-Bundesverband.

Nähere Informationen gibt es bei Martina Huth, Referentin für Gesundheit, Prävention und Bevölkerungsschutz beim Paritätischen Gesamtverband, Tel.: 030/24636334, E-Mail: gesundheit@paritaet.org.

„Jede Kommune ist ein Unikat“

Gestalten statt verwalten: Gleichwertige Lebensverhältnisse unter ungleichen Bedingungen

Es liegen Welten zwischen einer vergleichsweise reichen Stadt wie Stuttgart und einer wie Oberhausen, wo es eine Armutsquote von 20 Prozent gibt. Oder einem sterbenden Dorf in einer strukturschwachen Region Nordhessens, in dem sowohl Schule als auch Schwimmbad aufgrund von Überalterung und mangels Finanzen geschlossen wurden. Seit Jahren verfestigen sich Ungleichheiten zwischen den Regionen Deutschlands. Und selbst innerhalb von Städten gibt es große Unterschiede. Was bedeutet das für das Leben der Menschen, die dort zuhause sind? Wie ist es angesichts der enormen Diskrepanzen um den im Artikel 72 des Grundgesetzes formulierten Anspruch an die der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bestellt? Und wer ist verantwortlich dafür, die Daseinsvorsorge zu gestalten?

„Gleichwertig im Sinne von gleich gut“

Der Paritätische Gesamtverband widmete im Dezember all diesen Fragen einen Fachtag unter dem Titel „Gestalten statt verwalten: Gleichwertige Lebensverhältnisse unter ungleichen Bedingungen“. Denn für den Verband sind diese Aspekte von weitreichender Bedeutung: Viele seiner Mitgliedsorganisationen engagieren sich auf unterschiedliche Weise dafür, dass die Lebensverhältnisse für alle Menschen zwar nicht die gleichen, „aber gleichwertig im Sinne von gleich gut“ sind, wie Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, zu Beginn der Tagung erklärte. Was dazu gehört? Für alle vernünftiger Wohnraum zu angemessenen Preisen, Arbeit, mit der man sich und die Familie ohne Not über den Monat bringen kann, und eine gute Infrastruktur in den Bereichen soziale und gesundheitliche Versorgung, Kultur und Mobilität.

Ehrenamtliches Engagement könne so manches Manko ausgleichen, betonte Schneider. Bei Besuchen in seiner finanzschwachen Heimatstadt Oberhausen merke er immer wieder: „Die Menschen dort lassen sich nicht hängen, sie nehmen ihr Schicksal in die Hand. Das bestimmt im Zweifel die Lebensqualität mehr, als man an Quoten ablesen kann.“ Gleichwohl sei es wichtig zu fragen: „Wo brauchen Kommunen Unterstützung, damit sie wieder auf die Beine kommen? Wie können wir vor Ort unseren Mitgliedsorganisationen helfen, gute Lebensqualität zu schaffen?“

Konzept der „Sozialen Orte“

Professor Dr. Claudia Neu, Inhaberin des Lehrstuhls Soziologie ländlicher Räume an den Universitäten Göttingen und Kassel, beschäftigte sich mit der Frage, wie in ökonomisch und demografisch gebeutelten Regionen soziale Infrastrukturen stabilisiert oder geschaffen werden können, die gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer offenen und vielfältigen lokalen Gesellschaft ermöglichen. Sie leitete aus der wachsenden sozialräumlichen Polarisierung die Notwendigkeit einer stärkeren Verantwortung des Bundes für die Aufrechterhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse ab, wie etwa bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, in deren Rahmen Bund und Länder gemeinsam die ländlichen Räume, die Landwirtschaft und den Schutz der Küsten fördern. Darüber hinaus stellte sie das Konzept „Sozialer Orte“ vor. Es gelte, soziale Dienste zu erhalten, miteinander zu vernetzen und neue zu schaffen. Soziale Orte seien aber nicht nur räumlich wie Marktplatz, Gastwirtschaft und Gemeindezentrum, sie könnten auch als Prozess verstanden werden: „Die Integration von Flüchtlingen heißt auch, dass wir etwas für uns



Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, und Franz Müntefering, Präsident des Arbeiter-Samariter-Bundes, gaben wichtige Impulse bei der Tagung. Fotos: Ulrike Bauer

selbst schaffen, einen Prozess in Gang setzen, um Zukunft zu gestalten.“

„Wie wollen wir künftig leben?“

Der ehemalige Vizekanzler, Arbeits- und Bauminister und heutige Präsident des Arbeiter-Samariter-Bundes, Franz Müntefering, betonte, nicht nur der demografische Wandel sondern auch die Integration von Flüchtlingen und Migranten stellten sowohl Bund und Länder als auch die Kommunen vor eine große gemeinsame Aufgabe, ähnlich dem Zusammenwachsen beider Teile Deutschlands. Es gelte, gemeinsam mit den Menschen herauszufinden: Wie wollen wir künftig leben? – und in allen Regionen und Kommunen die Daseinsvorsorge zu sichern. Das könne auch dazu führen, dass der Bund sich einmischen müsse in Ländern und Kommunen. Der Vorteil >>



Soziologie-Professorin Dr. Claudia Neu

einer Gemeinschaftsaufgabe, wie sie Professor Dr. Neu vorgestellt hatte, sei, dass dann ressortübergreifend langfristig Mittel zum Ausbau und zur Sicherung der Infrastruktur sowie sozialer und gesundheitlicher Versorgung zur Verfügung stünden. Dabei gelte zu bedenken: „Jede Kommune ist ein Unikat.“ Dementsprechend müssten passgenaue Lösungen geschaffen werden. Müntefering: „Man muss den Kommunen Mut machen, dass sie sich selbst erfinden.“ Der Paritätische und andere Verbände spielten in diesem Zusammenhang mit ihren Einrichtungen eine wichtige Rolle. Beispielsweise im Hinblick auf wichtige soziale Orte wie Mehrgenerationenhäuser. „Wir haben bundesweit 450, bräuchten aber 15.000“, betonte Müntefering.

Beispiele aus der Praxis

Holger Wittig-Koppe, Fachreferent für bürgerschaftliches Engagement, Gemeinwesenarbeit, Inklusion und Selbsthilfe beim Paritätischen Schleswig-Holstein, stellte unter der Überschrift „Daseinsvorsorge? Machen wir selbst!“ das Beratungsangebot des Landesverbands für Mitgliedsorganisationen (und andere) vor. Dazu gehören: Beratung und Fortbildung für bürgerschaftliche Organisationen, Diskussion über neue Vereinskulturen, Verknüpfung mit der Selbsthilfe, Begleitung von Bürgernetzwerken und Unterstützung von Teilnehmungsformaten. Dr. Ingo Gottschalk, Vorsitzender des Vereins für Sozialplanung und Sozialplaner in Magdeburg, machte deutlich, wie Verwaltung Sozialplanung begreift und durch die Verknüpfung von Beteiligung und Planung wesentlichen Einfluss auf die Gestaltung von Gemeinwesen nimmt.

Barbara Schubert aus Oberndorf im Landkreis Cuxhaven berichtete vom lokalen Dorfentwicklungsprozess. Dieser sei anfangs von der „Utopie“ eines fast neuen Gesellschaftsentwurfs getragen gewesen, dass engagierte Einwohnerinnen und Einwohner da handlungsfähig werden, wo Kommunen, Land und Bund das Handtuch werfen. Tatsächlich wurden viele Projekte auf den Weg gebracht, unter anderem eine Genossenschaft gegründet, die mit ihren Erlösen soziale und kulturelle Arbeit im Ort finanziell unterstützt.

In der Diskussion zum Abschluss der Tagung wurde deutlich, dass der Paritätische als Verband über seine Mitgliedschaft hinaus auch „Graswurzel“-Bewegungen wie Bürgerinitiativen unterstützen kann. Als strategischer Partner von Politik und Verwaltung nimmt er zudem in Planungsprozessen Einfluss auf die Gestaltung von Gemeinwesen. UB/MD

Wohlfahrtsmarken:

Der Froschkönig hilft sozialen Organisationen

„Der Froschkönig“ zierte in diesem Jahr als neues Motiv der Sondermarkenserie „Grimms Märchen“ die Wohlfahrtsmarken. Je nach Wert kommt der freche Frosch mit einem anderen Motiv daher:

„Goldene Kugel“ – 70 + 30 Cent,
„Goldenes Besteck“ – 85 + 40 Cent-

„Nach dem Mahl“ – 145 + 55 Cent.

Alle drei Motive gibt es auch als Zehnerbogen. Das Motiv mit der goldenen Kugel zu 70 Cent plus 30 Cent Zuschlag ist zudem im Zehner-Marken-Set und in der Abrollbox mit 100 selbstklebenden Stück zu haben.

Das „Porto mit Herz“ ist erhältlich im Vertriebszentrum des Paritätischen Gesamtverbands. Es kann bestellt werden unter der kostenfreien Servicenummer 0800/9645324, per Fax an 030/24636-460 oder per E-Mail an wohlfahrtsmarken@paritaet.org. Die Zusendung erfolgt kostenfrei binnen 24 Stunden.

www.wohlfahrtsmarken.paritaet.org



Arbeitshilfe für Paten und Patinnen

In Kooperation mit dem Paritätischen Landesverband Berlin hat der Paritätische Gesamtverband die Broschüre „Patenschaften mit geflüchteten Menschen“ veröffentlicht. Diese enthält Beiträge zu theoretischen Hintergründen, Praxiserfahrungen von Begleiter/-innen von Patenschaften sowie kritische Impulse und Handlungsempfehlungen für die Praxis. Die Publikation richtet sich an haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

ter sowie Aktive von Organisationen, Vereinen und Initiativen, die Patenschaften mit geflüchteten Menschen vermitteln, koordinieren und begleiten sowie an Patenschaftstandems selbst. Der Autor Bernd Schüler ist selbst Pate und hat den Patenschaftsverein biffy Berlin e. V. mitgegründet.

Die Broschüre steht zum Herunterladen auf www.der-paritaetische.de unter Publikationen.



Foto: BAGFW/Jens Jeske

Deutscher Sozialpreis 2017 verliehen

Innenansichten eines Klinik-Konzerns, eine Webdokumentation über Kinder aus einem sozialen Brennpunkt, der Lebensweg eines Mannes, der nach seiner Kindheit in der Jugendpsychiatrie nicht mehr ins Leben zurück findet, die Geschichte eines schwerstbehinderten jungen Mannes, der von seinen Freunden betreut wird, und eine Montage aus (Handy-)Videos von Flüchtlingen, die ihre lebensgefährliche Flucht nach Deutschland selbst dokumentieren – für diese Beiträge hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Journalistinnen und Journalisten mit den Deut-

schen Sozialpreis 2017 ausgezeichnet: Das Foto zeigt die Spitzenvertreter der BAGFW-Mitgliedsverbände (2. von links: Prof. Dr. Rolf Rosenbrock) mit den geehrten Journalistinnen und Journalisten Simone Grabs und Elke Sasse (Preisträgerinnen der Sparte Fernsehen) Sven Preger, (Preisträger der Sparte Hörfunk), Isabell Hülsen, Kristina Gnirke und Martin U. Müller (Preisträger der Sparte Print). Die Festrede hielt ZDF-Intendant Peter Frey. Nähere Informationen zum Sozialpreis und Links zu den ausgezeichneten Beiträgen finden Interessierte auf www.bagfw.de.

„Zusammenhalt stärken, Vielfalt gestalten“

Der Deutsche Fürsorgetag beschäftigt sich vom 15. bis 17. Mai 2018 mit modernen und zukunftsfesten sozialen Sicherungssystemen. Der Paritätische Gesamtverband und der Landesverband Baden-Württemberg sind am Stand C2.B60 auf dem Markt der Möglichkeiten zu finden.

Persönlichkeitsrechte von Kindern im Internet

Die Persönlichkeitsrechte von Kindern im digitalen Raum hat das Deutsche Kinderhilfswerk in den Mittelpunkt einer Facebook-Kampagne mit dem Titel „#ErstDenkenDannPosten“ gestellt. Postings auf Facebook machten drei Wochen lang auf die Internetseite www.dkhw.de/kinderfotos-im-netz aufmerksam, auf der Interessierte Informationen zum verantwortungsbewus-

ten Umgang mit Kinderfotos in Sozialen Medien finden.

Luise Meergans, Leiterin der Kampagne: „Es ging und geht nicht darum, Kinderbilder komplett aus den Sozialen Medien zu verbannen... Uns ist wichtig, dass alle, die Kinderbilder ins Internet stellen, sich bewusst sind, dass sie eine Entscheidung mit vielen Folgen treffen.“

Anzeige

Nachfolger/in

für Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe gesucht

Unsere private Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung für 8 - 10 Kinder/Jugendliche ist seit 20 Jahren etabliert. 2020 werde ich in den Ruhestand treten. Spätestens für diesen Zeitpunkt suche ich eine/n geeignete/n Nachfolger/in für die Übernahme und Weiterführung der Einrichtung. Voraussetzung ist ein pädagogisches, psychologisches oder sozialpädagogisches Studium sowie Berufserfahrung in der stationären Arbeit. Erfahrung in einer Leitungstätigkeit ist von Vorteil.

Das Anwesen liegt in landschaftlich schöner Umgebung zwischen Euskirchen und Bitburg. Ich wünsche mir, das mit viel Liebe restaurierte und modernisierte Gebäude (600 qm Wohnfläche) mit Stall und Scheune sowie einem 2.500 qm großen Grundstück plus Pferdeweide und Tieren in kompetente und liebevolle Hände zu geben. Glücklicherweise wäre ich über eine Übernahme des gesamten eingespielten Teams.

Falls gewünscht, bin ich bereit, meine guten Kontakte zur Hausbank für Sie zu nutzen. Auch ein frühzeitiger Einstieg in den laufenden Betrieb ist möglich. Nur bei ernsthaftem Interesse nehmen Sie bitte mit der Leitung des Hauses Kontakt auf: Tel. 06557 936177.

Kreatives zum Thema Teilhabe statt Ausgrenzung

Menschen mit und ohne Behinderung, einzeln oder im Team sind von der Lebenshilfe eingeladen, ihre Erfahrungen mit „Teilhabe statt Ausgrenzung“ auf kreative Weise deutlich zu machen. Sie können sich mit selbst erstellten räumlichen Objekten zum Thema, zum Beispiel mit Installationen, Skulpturen, Figuren oder Apparaten zu beteiligen. Die Beiträge können vom 1. Februar bis zum 30. April 2018 eingereicht werden. Die Preisverleihung findet im Herbst 2018 in Berlin statt. Die Teilnahmebedingungen und alle weiteren Infos finden Interessierte auf www.lebenshilfe.de/GanzPlastisch.

Du siehst was, was ich nicht sehe

Vom 1. bis 3. März 2018 findet an der Hochschule Merseburg eine Tagung zur systemischen Sozialarbeit statt. Eingeladen sind Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Aktive aus Praxis und Wissenschaft sowie Vertreterinnen und Vertreter angrenzender Berufe. Der Tagungstitel wurde von den Studierenden des Masterstudiengangs entwickelt: „Du siehst was, was ich nicht sehe“. Er soll darauf hinweisen, dass das Gesehene und Erlebte erweitert werden kann, wenn die Blicke und Blickwinkel anderer einbezogen werden, dass es außer der eigenen immer noch weitere Perspektiven gibt. Nähere Information gibt es auf <http://du-siehst-was.de>.

Weiterbildung zum Thema Sexualberatung

Sowohl in Beratungsstellen als auch in Einrichtungen der Jugendhilfe und der Hilfen für Menschen mit Behinderung steigt der Bedarf an professioneller Beratung zu sexuellen Themen. Eine achttägige Weiterbildung dazu bietet von Anfang März 2018 das Institut für Sexualpädagogik Dortmund an. Sie findet statt im Tagungszentrum

Kongress in Stuttgart: Zukunftsmodell (Sozial-)Genossenschaften

Sozialgenossenschaften sind eine Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, gemeinsam durch wirtschaftliche Aktivität Gesellschaft und Gemeinwesen zu gestalten.

Oft entstehen neue Genossenschaften aus lokalen bürgerschaftlichen Initiativen, aus bürgerschaftlichem Engagement für das soziale Umfeld, den Stadtteil, das Gemeinwesen. Es geht dabei um die Verknüpfung von Wohnung, Nachbarschaftshilfe, Kultur, Betreuung und Unterstützung im Quartier. Der Kongress „Zukunftsmodell (Sozial-)Genossenschaften“ am Mittwoch, 7. Februar 2018, in Stuttgart widmet sich diesem Themenfeld vor dem Hintergrund, dass Sozialge-

nossenschaften aufgrund der gleichberechtigten Mitgliedschaft strukturell geeignet sind, eine Plattform für neue Formen der Kooperation und Partizipation von Akteuren aus den Bereichen Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft zu bieten.

Der Kongress von Integrative Wohnformen e.V. und dem Paritätischen Baden-Württemberg richtet sich an die Wohnungswirtschaft, die Sozialwirtschaft, Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Er findet von 9.30 bis 16.15 Uhr im GENO-Haus, Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart, statt.

Info und Anmeldung:
www.sozialgenossenschaften.de

Wirkungen und Nebenwirkungen des BTHG

Am 28. Februar 2018 veranstaltet der Paritätische Gesamtverband in Kooperation mit dem Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft (IMEW) von 9.30 Uhr bis 17.00 Uhr in der Katholischen Akademie in Berlin die Tagung „Wirkungen und Nebenwirkungen, Wirkungsorientierung im Bundesteilhabegesetz – die menschenrechtliche und andere Perspektiven“.

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) soll das Recht für Menschen mit Behinderungen in Einklang mit der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen weiterentwickeln. Der Paritätische will an die kritische Diskussion während des Gesetzge-

bungsverfahrens anknüpfen und die Debatte zukunftsgerichtet befördern. Unter anderem stehen folgende Fragen im Zentrum: Was regelt das BTHG in Bezug auf Wirksamkeit und Wirkung? Wie können Wirksamkeit und Wirkung festgestellt werden? Wie können die Prüfkriterien für die Feststellung von Wirkung und Wirksamkeit zu Leistungen der Sozialen Teilhabe an den Leitgedanken der UN-Behindertenrechtskonvention ausgerichtet werden? Wer bestimmt die Kriterien für die Wirksamkeit und Wirkung der Leistungen? Nähere Informationen gibt es auf www.der-paritaetische.de unter Veranstaltungen.

Armut und Gesundheit

Am 21. und 22. März 2018 findet an der Technischen Universität Berlin unter dem Motto „Gemeinsam. Gerecht. Gesund.“ der Kongress Armut und Gesundheit statt. Er ist die größte regelmäßig stattfindende Public-Health-Veranstaltung in Deutschland. www.armut-und-gesundheit.de

trum Schmerlenbach (nahe Frankfurt am Main). Vermittelt wird Fachwissen zu Fragen der sexuellen Entwicklung und möglichen Störungsbildern. Auch die Kommunikation über Sexualität in verschiedenen Beratungssettings wird eingeübt. Hinzu kommen Selbstreflexion und Körperarbeit.

Infos: www.isp-dortmund.de

„Gegen das Vergessen“

Beiträge zur „Euthanasie“ im Nationalsozialismus

Das „Kontaktgespräch Psychiatrie“ will mit der Herausgabe eines Buchs mit Gedenkreden an Menschen erinnern, die während der NS-Zeit Opfer von Zwangssterilisierungen und Krankentötungen wurden. Der Titel: „Gegen das Vergessen – Mit der Geschichte lernen, Beiträge zur ‚Euthanasie‘ im Nationalsozialismus und die Bedeutung des Erinnerens für die Gegenwart“

Das bundesweit organisierte Kontaktgespräch Psychiatrie hat sich seit Anfang der 1990er-Jahre unter anderem dem Informations- und Meinungsaustausch zu aktuellen fach- und sozialpolitischen Themen verschrieben. Auch der Paritätische gehört zur den teilnehmenden Organisationen. Das Kontakt-

gespräch gibt das Buch gemeinsam mit der IRRTURM-Zeitungsinitiative heraus. Deren Redaktion hat zu der Gruppe der Opfer einen ganz besonderen Bezug und steuerte auch Texte von Menschen mit Psychiatrieerfahrung bei.

Das Buch enthält Vorträge, die im Rahmenprogramm von Gedenkveranstaltungen „Gegen das Vergessen: Aus der Geschichte lernen“ in den Jahren 2008 bis 2014 gehalten wurden. Gegen eine Schutzgebühr von zehn Euro ist es zu beziehen über: IRRTURM,

Tel.: 0421/3964808

E-Mail: irrturm@izsr.de

sowie den Buchladen im Ostertor:

www.buchladen-ostertor.de

Tel.: 0421/78528.

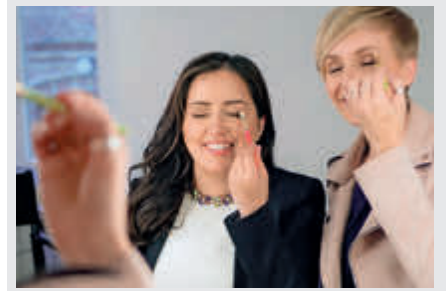
Ratgeber: Was tun bei Osteoporose?

Kompakt und zugleich sehr informativ ist der Ratgeber „Was tun bei Osteoporose – Vorbeugung und Selbsthilfe“ vom KVC Verlag. KVC gibt Bücher heraus, die aus der Fördertätigkeit der „Carstens-Stiftung: Natur und Medizin“ und den Erfahrungen der beratenden Ärztinnen und Ärzte hervorgehen.

In Deutschland sind knapp acht Millionen Menschen von Osteoporose, einer Knochenerkrankung, betroffen. Der Ratgeber klärt über Ursachen und Risikofaktoren auf, schildert Möglichkeiten der Vorbeugung, Diagnose und Behandlung sowie Therapiekonzepte.

108 Seiten, 5,90 Euro,

ISBN 978-3-945150-04-7



Blind and beautiful

Blind sein und sich schminken – das erscheint auf den ersten Blick unvereinbar. Tina Sohrab beweist, so muss es nicht sein. Sie ist infolge einer Netzhauterkrankung seit ihrem 16. Lebensjahr blind, ist aber gleichwohl kosmetikbegeistert. „Ich kann zwar seit acht Jahren nichts mehr sehen, aber ich will gesehen werden!“, betont die 24-Jährige aus Hannover. Und sie beherrscht das Schminken so gut, dass sie auch anderen blinden oder sehbehinderten Frauen und Mädchen, aber auch sehenden im Rahmen ihres Projekts „Blind and beautiful“ mit der Make-up-Expertin Miriam Jacks ihre Tipps weitergibt.

Die mit Unterstützung der „Woche des Sehens“ produzierten youtube-Schmink-Tutorials finden Interessierte unter www.woche-dessehens.de/filme/schminktipp.

Foto: Andy Kaczé / www.andykacze.com

Impressum

 **DER PARITÄTISCHE**

Magazin des PARITÄTISCHEN

ISSN-1866-1718

Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110

Internet: www.der-paritaetische.de

E-Mail: redaktion@paritaet.org

Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:

Gwendolyn Stilling (Leitung),

Tel.: 030/24636-305

Ulrike Bauer

Philipp Meinert,

Tel. 030/24636-339

Verantwortlich für die Landesseiten:

Brandenburg: Andreas Kaczynski,

Tel.: 0331/28497-0

Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0

Hessen: Dr. Yasmin Alinaghi,

Tel.: 069/95526220

Mecklenburg-Vorpommern:

Christina Hömke, Tel.: 0385/59221-0

Für Berichte, die mit dem Namen des Verfassers/der Verfasserin gekennzeichnet sind, trägt diese/r die Verantwortung. Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion. Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.

Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr

Anschrift von Herausgeber, Redaktion, und Vertrieb:

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

– Gesamtverband e. V.,

Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

Anzeigenverwaltung:

MD Medien Dienste GmbH

Baumweg 19, 60316 Frankfurt am Main

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH,

Schwanheimer Straße 110,

60528 Frankfurt am Main



COMPAREX ROADSHOW FÜR KIRCHE UND WOHLFAHRT

06.03.2018 in Berlin
07.03.2018 in Hamburg
08.03.2018 in Köln
13.03.2018 in Bad Homburg

Jetzt anmelden unter:
www.comparex.de/RSKW

COMPAREX
Software · Consulting · Services

Zusammen arbeiten. Gemeinsam helfen.
**VEREINT ZUKUNFT
GESTALTEN.**

DER SOFTWARE-RAHMENVERTRAG FÜR ALLE PARITÄTER

COMPAREX unterstützt als autorisierter Vertragspartner alle Einrichtungen der BAGFW beim Bezug ihrer Microsoft Online-Produkte und -Services über einen erstklassig verhandelten und autorisierten Rahmenvertrag. Alle Einrichtungen des Paritätischen Gesamtverbands können darüber die aktuell verfügbaren Microsoft Online-Produkte & -Services sowie vordefinierte Implementierungs-, Migrations- und Support-Dienstleistungen* beziehen.

MEHR VORTEILE: DIE RUNDUM-SORGLOS-SERVICE-PAKETE*

Profitieren Sie von optionalen COMPAREX Service-Leistungen, wie Unified Cloud Management und Cloud Consumption Monitoring, die Ihnen helfen werden, Ihre Geschäftsanforderungen in der Cloud umzusetzen und Ihnen einen maximalen Return-On-Investment garantieren.

COMPAREX Unified Cloud Management inkl. Onboarding ermöglicht die Planung & Umsetzung Ihrer Office 365 Strategie & Architektur. Wählen Sie aus den Modulen Support, Optimierung & Verwaltung die passenden Services.

Mit **COMPAREX Cloud Consumption Monitoring** erhalten Sie mittels übersichtlicher Dashboards sowohl Einblicke in Ihre Office 365 Nutzung als auch in Ihren Azure Verbrauch.

Verbesserung der Verfügbarkeit
Kostenoptimierung & erhöhte Sicherheit
Steigerung der Produktivität

Bessere Übersicht
Kostenkontrolle
Präzise Budgetplanung

Außerdem steht Ihnen ein COMPAREX Service Manager als dezidiertes Ansprechpartner zur Seite. **Mehr Informationen sowie die Registrierung finden Sie auf:**
www.comparex.de/kirche-wohlfahrt

IHRE ANSPRECHPARTNER



Alexander Ginzel
Key Account Manager
phone: +49 341 2568 2195
mobile: +49 162 2986273



Ralf Mielke
Inside Sales Executive
phone: +49 341 2568 118
fax: +49 341 2568 999



Einfache, schnelle und sichere Nutzung der aktuellsten Microsoft Technologien und Services



Exklusive Konditionen mit bis zu 75% Preisersparnis ggü. EA Level D



Vertraglich festgeschriebene Rahmenbedingungen für Aufwands- und Risikominimierung



Mit BAGFW abgestimmtes Rundum-Sorglos-Service-Paket

Voraussetzung für die Nutzung der Vorteilspreise ist eine unverbindliche Registrierung bei COMPAREX. Zur Prüfung Ihrer Bezugsberechtigung und Ihrer konkreten Konditionen benötigen wir Angaben zu Ihrer Einrichtung. Unverbindliche Registrierung für BAGFW-Kunden.

www.comparex.de/kirche-wohlfahrt